

# Sozialistische Arbeiterzeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Parole der SAP zur Reichspräsidentenwahl:

## Für die proletarische Einheitsfront und für einen Arbeiterkandidaten!

Die Würfel sind gefallen: Die Bourgeoisie hat den Generalfeldmarschall v. Hindenburg wiederum als ihren Kandidaten für die am 13. März stattfindende Präsidentenwahl aufgestellt. Die Sozialdemokratie, die noch bei der letzten Präsidentenwahl mit ihrer ganzen Agitationskraft gegen Hindenburgs Wahl ankämpfte und Hindenburg als den Platzhalter der Monarchie bezeichnete, dessen Wahl das Ende der Republik bedeute, gibt jetzt die Parole aus, zur Rettung der damals von Hindenburg geführten Republik Hindenburg zu wählen. Die Sozialdemokratie verzichtet auf einen eigenen Kandidaten, sie hat auch die von uns eingeleiteten Bemühungen, gegen

Hindenburg und den Faschismus einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten, einen Kandidaten der proletarischen Klassenfront aufzustellen, abgelehnt. Die sozialdemokratischen Führer sind offen ins Lager des Generalfeldmarschalls abgeschwenkt, sie sind drauf und dran, in entscheidender Situation die sozialdemokratischen Arbeiter auf die falsche Seite der Barrikade zu führen.

Um so mehr ist es notwendig, daß alle die proletarischen Gruppen und die Proletarier, die den ernstesten und ehrlichen Willen zur Bildung der proletarischen Klassenfront gegen Kapitalismus und Faschismus haben,

bei dieser Aktion, bei diesem Präsidentenwahlkampf in einer gemeinsamen Klassenfront gegen den Kandidaten der Bourgeoisie zusammengeschlossen werden.

Diese geschlossene Front aller auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden Proletarier bei der Aktion zur Präsidentenwahl zustande zu bringen, war von Anfang an das Ziel der Sozialistischen Arbeiterpartei, die an die Erreichung dieses Zieles ohne jeden Parteiegoismus herangegangen ist und der es von allem Anfang nur darauf ankam,

### Arbeit für die proletarische Front

Von Max Seydewitz

Nach der Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Generalfeldmarschall Hindenburg steht jeder Proletarier bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März vor der klaren und eindeutigen Entscheidung, ob er Hindenburg oder einem proletarischen Klassenkandidaten seine Stimme geben soll. Bei dem Aufmarsch zur Präsidentenwahl handelt es sich diesmal angesichts der ökonomischen und politischen Situation nicht nur darum, einen parlamentarischen Wahlkampf durchzuführen, sondern das Proletariat hat angesichts des offenkundigen Ueberlaufens der sozialdemokratischen Führung in das Lager des „Retters“ der Bourgeoisie die Möglichkeit, auf breiter Basis eine Aktion zur Sammlung aller klassenbewußten Proletarier in einer geschlossenen proletarischen Klassenfront gegen Kapitalismus und Faschismus durchzuführen.

Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei, der vor einiger Zeit in einem offenen Brief an alle Arbeiterorganisationen die Bildung der proletarischen Klassenfront und die Ausstellung eines gemeinsamen proletarischen Klassenkandidaten für die Präsidentenwahl vorschlug, hat nach Ablehnung seines Vorschlages in seinem am 16. Februar gefaßten Beschluß den Beweis dafür erbracht, daß es der Sozialistischen Arbeiterpartei bitter ernst mit ihrer Parole ist, über alle Parteiinteressen hinweg die jetzt so dringend nötige proletarische Klassenfront zu schmieden. Die Gründe, die den Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei bestimmt haben, den Fehler der kommunistischen Partei nicht mit einem gleichen vom Parteiinteresse diktierten Fehler zu beantworten, wurde die Parole ausgegeben, am 13. März für den von der KPD aufgestellten Kandidaten zu stimmen und die ganze Organisations- und Agitationskraft für die Wahl des proletarischen Klassenkandidaten einzusetzen, sind in dem nebenstehend abgedruckten Aufruf des Parteivorstandes ausführlich dargelegt.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat von allem Anfang an bei ihrem Vorstoß für den gemeinsamen proletarischen Klassenkandidaten keinen Anspruch darauf erhoben, daß ein Mitglied ihrer Partei zum gemeinsamen Kandidaten ausgewählt werden müsse. Sofern die Kommunisten darauf Gewicht legten, daß eines ihrer Parteimitglieder zum gemeinsamen Klassenkandidaten nominiert würde, hätten wir bei den von uns angeregten Verhandlungen ohne weiteres der derzeit stärksten Gruppe auf dem revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung das Vorschlagsrecht zugestanden. Wenn es bei dieser Präsidentenwahl darum ginge, den Menschen auszuwählen, der wie 1917 Lenin in Rußland die Staatsgeschäfte wirklich praktisch übernehmen sollte, dann hätte es vielleicht über die Auswahl der Person wahrscheinlich größere Meinungsverschiedenheiten gegeben, als angesichts der Tatsache, daß es sich bei dieser Präsidentenwahl parlamentarisch mehr um eine Messung der Kräfte handelt. Von den Kommunisten und auch von einem Teil unserer Parteimitglieder

### dem Kandidaten der kapitalistischen Klasse den Kandidaten der proletarischen Klasse gegenüberzustellen,

der ganz anders als der nur von einer proletarischen Partei nominierte Parteikandidat die Gewähr gegeben hätte, gerade angesichts der Hindenburg-Parole der Sozialdemokratie Millionen von Proletariern aus der reformistischen Front zu lösen und in die proletarische Klassenfront einzureihen. Die SPD hat sich durch ihre Entscheidung für Hindenburg von selbst aus dieser gemeinsamen Klassen-Aktion bei der Präsidentenwahl ausgeschlossen; um so mehr ist es notwendig, daß alle anderen proletarischen Gruppen und Organisationen, die jenseits des reformistischen Schlagbaumes stehen, sich in der Klassenfront zu der ehrlichen, gemeinsamen Aktion zusammenfinden, die besser als alle großen Worte von der Einheitsfront auf die heute noch unentschieden in der falschen „eisernen Front“ stehenden Proletarier wirken, sie überzeugen und sie für die proletarische Klassenfront gewinnen würde.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat sich

für Erreichung dieses ihres Zieles, die Proklamierung eines von allen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden Gruppen unterstützten proletarischen Klassenkandidaten, eine gewisse Frist setzen müssen. Heute, wo diese Frist verstrichen ist, müssen wir leider feststellen, daß diese unsere Bemühungen nicht das im Klasseninteresse des Proletariats notwendige Ergebnis gezeitigt haben, daß diese Bemühungen gescheitert sind auch an dem Parteiegoismus der kommunistischen Parteizentrale. Das Zentralkomitee der KPD hat mit der übereilten Aufstellung des Parteikandidaten, mit dem starren Festhalten an diesem Parteikandidaten und mit der Ablehnung aller Verhandlungen um die Proklamierung eines gemeinsamen Klassenkandidaten, der durchaus ein Mitglied der Kommunistischen Partei sein konnte, einen der gerade jetzt so notwendig zu schaffenden Einheitsfront schwer schadenen Fehler begangen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei aber, der es ohne jeglichen Parteiegoismus ernst ist mit der Schaffung der proletarischen Klassenfront,

die es für ihre proletarische Pflicht hält, ihr Parteiinteresse dem Interesse des Proletariats und der Einheitsfront unterzuordnen und die gerade

bei der Präsidentenwahl die gemeinsame proletarische Klassenaktion als das Gebot der Stunde

betrachtet, den aus Partei-Kurzichtigkeit geborenen Fehler der kommunistischen Zentrale mit dem gleichen Fehler beantworten, sie wird keinen eigenen Parteikandidaten aufstellen. Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei hat aus der Erkenntnis heraus, daß es jetzt trotz den von anderen gemachten Fehlern darauf ankommt, praktisch den Willen zur proletarischen Einheitsfront zu beweisen, beschlossen,

die Parole auszugeben, bei der Präsidentenwahl für den von der stärksten Gruppe in der revolutionären Front, für den von der Kommunistischen Partei aufgestellten Kandidaten zu stimmen und die ganze organisatorische und agitatorische Kraft der SAP einzusetzen für den proletarischen Kandidaten und für die Ausnutzung der Präsidentschaftswahlkampagne zur Schaffung der proletarischen Klassenfront aller derer, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen.

Wir rufen alle unsere Funktionäre, unsere Parteigenossen und die große Masse der mit uns und unserem Willen sympathisierenden Proletarier auf,

den Präsidentenwahlkampf zu einer großangelegten Kampagne für die Einheitsfront auszugestalten.

Zu diesem Zwecke müssen unsere Organisationen in allen Orten

sofort Wahlausschüsse zur Wahl des proletarischen Klassenkandidaten anregen und durchführen,

in denen sich alle zur proletarischen Klassenfront bereiten Organisationen zusammenfinden und die überall in ganz Deutschland

gemeinsame Versammlungen und Kundgebungen für den Sieg des proletarischen Klassenkandidaten veranstalten.

Für die der „Eisernen Front“ gegenüberzustellende proletarische Massenfront müssen in den einzelnen Orten sich gewerkschaftliche Organisationen, Sport- und Kulturorganisationen zusammenfinden, um der Bewegung eine breite Grundlage zu geben.

Es geht in der durch die ökonomische und politische Entwicklung zugespitzten Situation sicherlich nicht mehr um das Interesse einer Partei, sondern um das proletarische Klasseninteresse und um den Sozialismus. Die Frage

steht heute für den Proletarier ohne Unterschied der Partei, nicht mehr Republik oder Monarchie, sondern ganz klar und eindeutig: Kapitalistischer oder sozialistischer Ausweg aus der Krise.

Die Situation erfordert mehr denn je ein klares, eindeutiges Bekenntnis aller klassenbewußten Proletarier für die proletarische Klassenfront. Für diese mit allen Kräften zu wirken und diese im Kampfe gegen alle Widerstände auch bei dieser Präsidentenwahl zu schaffen, das ist die Parole der Sozialistischen Arbeiterpartei, für die alle unsere Anhänger sich in diesen Tagen und Wochen mit der der großen Aufgabe würdigen Begeisterung einsetzen müssen.

Berlin, den 17. Februar 1932.

Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei

Kurt Rosenfeld. Max Seydewitz.

ist in den letzten Wochen die Diskussion um die Kandidatenfrage auf ein falsches Gleis gehoben worden; es ging nie darum, für Thälmann oder für Ledebour einzutreten, sondern es ging uns in jedem Falle nur darum, um der größeren Wirkungsmöglichkeit, um der erfolgreicherer Lösung der noch an die „Eiserne Front“ glaubenden Proletariat aus dem reformistischen Lager willen, einen nicht von einer Partei, sondern von allen revolutionären Klassenkampforganisationen aufgestellten proletarischen Klassenkandidaten zu proklamieren. Nachdem nun diese unsere Bemühungen an der Kurzsichtigkeit der kommunistischen Parteizentrale gescheitert sind, hat der Parteivorstand der Sozialistischen Partei sicherlich in Uebereinstimmung mit der übergroßen Mehrheit der Parteimitglieder gehandelt, daß er nicht ebenso kurzichtig wie das ZK der Kommunisten handelt, sondern die Parole ausgibt, für den von den Kommunisten aufgestellten Kandidaten zu stimmen und den Präsidentenwahlkampf zu einer groß angelegten Kampagne für die Bildung der proletarischen Klassenfront zu benutzen. Nach dem Vorschlag des Parteivorstandes sollen überall Wahlausschüsse aller auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden proletarischen Organisationen gebildet werden zur Durchführung des Wahlkampfes für den proletarischen Klassenkandidaten. In einer Riesenflut von Versammlungen muß bei diesem Präsidentenwahlkampf das Bekenntnis zur Einheit des Proletariats abgelegt und in der Aktion praktische Arbeit für die Schaffung der proletarischen Klassenfront von allen unseren Anhängern mit größter Energie und Begeisterung geleistet werden.

Es geht bei diesem Kampfe wie überhaupt bei den Kämpfen des Proletariats in dieser ökonomischen und geschichtlichen Situation nicht um die Interessen einer Partei, sondern um das proletarische Klasseninteresse, um das Interesse aller Proletarier ohne Unterschied der Partei, die zusammengeschmiedet werden müssen in der proletarischen Klassenfront, die den Kampf führt um den einzig möglichen, den proletarischen Ausweg aus der Krise — gegen Kapitalismus und Faschismus und all deren Helfershelfer und Trabanten.

## Ein SOS-Ruf des ADGB

Einberufung eines Krisenkongresses

Berlin, 17. Februar 1932.

Wir müssen uns korrigieren. Im weiteren Verlauf seiner Verhandlungen hat sich der Ausschuß des ADGB zu einem Beschluß aufgefaßt. Er hat den Vorstand ermächtigt, einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress

einuberufen, um dem Schrei nach Arbeitsbeschaffung Geltung zu verleihen. Sogar Leipart warf für einen Augenblick seine Müdigkeit ab. „Die Gewerkschaften“, erklärte er, „müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mäßigung aufgeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuschrecken.“ Ganz offenbar nicht, aber ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress wird dies auch nicht vermögen. Am allerwenigsten wenn er, wie geplant ist, dieselbe Zusammensetzung aufweist wie der Frankfurter Kongress, der heute selber zu den Angeklagten gehört.

## Ist der Reichswehr auch nichts geschehen?

Itzehoe, 17. Februar 1932.

Drei Kommunisten gelang es in der vergangenen Nacht über die Mauer in den Hof der Artilleriekaserne zu gelangen, wo sie Flugblätter anklebten und umherstreuten. Im Laufe des Vormittags wurden zwei Personen verhaftet, die unter dem dringenden Verdacht stehen, sich an der Propagandaaktion beteiligt zu haben.

## Indien weiter unter Terror

Der Leichenhaufen wächst

TU Bombay, 17. Februar 1932.

In Tarapur wurden bei einem schweren Zusammenstoß zwischen der Polizei und Kongreßanhängern acht Inder getötet und fünf schwer verwundet. Auf Regierungsseite wurden der Polizeichef und 24 Polizeibeamte verwundet. Die Inder stürmten das Polizeigebäude in Tarapur, wo eine Sitzung stattfand, an der auch der englische Polizeichef sowie mehrere Polizeioffiziere und Polizisten teilnahmen. Die Lage wurde so gefährlich, daß die Polizisten das Feuer eröffneten, worauf sich die Menge zerstreute. Unter den Getöteten befinden sich auch zwei Kongreßführer.

Die Begleiterin Gandhis, die Engländerin Miss Slade, hat den Befehl erhalten, Bombay innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Miss Slade, die Tochter eines englischen Admirals, die in letzter Zeit besonders stark für Gandhi und den Boykott englischer Waren warb, hat sich geweigert, diesen Befehl auszuführen. Sie teilte mit, daß sie ihrer Verhaftung entgegen sehe.

## Die Tribüne der „SAZ“

erscheint in den nächsten Wochen — im Hinblick auf den bevorstehenden Reichsparteitag der SAP — zweimal, jeweils in der Donnerstags- und Sonntagnummer, um eine ausgiebige Diskussion über das Parteiprogramm zu ermöglichen.

## Wie fordern:

# Aufhebung der Presse-Notverordnung!

Berlin, 17. Februar 1932.

Die Wahlbewegung um die Reichspräsidentenschaft hat begonnen. Herr von Hindenburg, der stets stärker als es für die Stellung eines Präsidenten gut sein sollte, in den Tageskampf der Parteien und Parteien eingegriffen hat, ist von seinem Postament, auf dem seine Person den Angriffen der Parteien entrückt sein sollte, herabgestiegen und,

indem er sich von neuem zur Wahl stellt, begibt er sich in das Kampfgetöse hinein.

das nun anheben wird. In diesem Augenblick kann er nicht mehr beanspruchen, als gewählter Präsident respektiert zu werden, sondern er ist der Bewerber von Parteien geworden, und er muß nun naturgemäß auch Angriffen ausgesetzt werden. Darüber ist nicht zu diskutieren.

Bisher haben die Behörden, und haben namentlich die preußischen Behörden die Unverletzlichkeit der Person des Reichspräsidenten gesichert, wie man ein rohes Ei vor derben Stößen zudeckt. Diese Methodik muß

jetzt aufhören. Es geht nicht an, jedes, auch das leiseste Wort gegen Herrn von Hindenburg auf die Goldwaage zu legen und mit Zeitungsverboten zu ahnden oder gar mit der Androhung von Zeitungsverboten solche Worte schon in der Kehe zu ersticken.

Die Handhabe für solches Vorgehen, das, wenn es jetzt fortgesetzt würde, den Charakter von behördlicher Parteinarbeit im Wahlkampf bekommen müßte, hat besonders die sogenannte „Presse-Notverordnung“ des Reichspräsidenten vom Spätsommer des Vorjahres geliefert. Für diese Notverordnung ist im Wahlkampf um die Präsidentschaft nicht mehr der kleinste Raum. Sie muß mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden. Sonst wäre der Wahlkampf um die künftige Besetzung der Reichspräsidentenschaft nicht weniger und nicht mehr als eine bloße Farce.

Wenn wir daran denken, daß der preußische Innenminister Severing mitten im Wahlkampf um die Reichspräsidentenschaft 1925 von dem damaligen Bewerber von Hindenburg in der „Vossischen Zeitung“ (vom 12. April 1925) rund und nett behaupten konnte, er sei ein

„Sabelrauber und Revanchepolitiker“ — die „Deutsche Zeitung“ erinnert eben sehr mit Recht daran, daß ein so bedeutender Sozialdemokrat einen solchen Ausspruch vor wenigen Jahren tat! —, und wenn wir uns dann zu vergegenwärtigen versuchen, welche Konsequenzen heute für ein Blatt der oppositionellen Arbeiterschaft die Aufstellung einer auch nur annähernd so groben Behauptung haben müßte, so ergibt eine so einfache Ueberlegung schon, welches Un Ding die Zumutung darstellt, den gegenwärtigen Wahlkampf unter der lastenden Herrschaft der Notverordnung gegen Ausschreitungen durch die Presse führen zu sollen.

Darum: Fort mit der Presse-Notverordnung!

Wenn ein Präsidentschaftsbewerber sich durch nach seiner und seiner Freunde Meinung zu scharfe Angriffe der Gegner seiner Kandidatur beschwert fühlen sollte, so bleibt ihm der normale Weg der gerichtlichen Klage, den jeder andere Staatsbürger auch gehen muß.

Die Notverordnung, die die öffentliche Meinung einragt, muß sofort verschwinden!

## Die tragische Komödie

Interessentenkampf um China

Während in Genf noch immer „Abrüstungsreden“ gehalten werden, donnern die Kanonen im fernen Osten weiter. Die Japaner erleben Enttäuschungen.

Die Angriffe auf die Wusungforts von Schanghai werden von den Chinesen immer wieder abgeschlagen.

Der „Siegesszug“ stockt erheblich.

Inzwischen rühren sich die anderen imperialistischen Interessenten.

Amerika und England protestieren in Tokio

gegen jede Veränderung des status quo in den internationalen Niederlassungen in Shanghai und Frankreich hat sich dem Schritt angeschlossen. Den Japanern wird damit bedeutet, daß Geschäftsschädigungen nicht geduldet werden.

Auch der Völkerbundsrat übt nach der imperialistischen Musik „Wie werde ich energischer“. Er hat an Japan, und nur an Japan einen „Appell“ gerichtet, „Mäßigung“ zu üben, die Feindseligkeiten einzustellen, die Truppen zurückzuziehen und eine „neutrale Zone“ zu errichten. Darob größte Empörung im ostasiatischen „Preußenreich“ und die, der historischen Ironie nicht entbehrende Anklage, daß der Schritt des Völkerbundes lediglich auf

das Betreiben Englands und Amerika zurückzuführen sei und den erfolgreichen Versuch darstelle, den Völkerbund zu einem politischen Instrument einzelner Mitglieder oder einzelner Gruppen zu machen und ihn in den Dienst von Sonderinteressen zu stellen. Lerneifrig und lernfähig waren sie immer, die „Preußen des Ostens“!

Aber sie sind doch zu klug, sich von den „Weißen Teufeln“ der europäischen „Kultur“ sonderlich imponieren zu lassen. Als eine nicht mißzuverstehende Antwort, die dem blumig-höflichen Stil des Ostens viel weniger entnommen scheint als klassischen Aussprüchen volkstümlicher Stilart, haben sie

den Chinesen ein Ultimatum gestellt sich bis 20 Kilometer von der Grenze der internationalen Konzession zurückzuziehen. Und da sie zwar wissen, daß die Chinesen nicht daran denken, ihre Trümpfe so aus der Hand zu geben, so werden die Bomben weiter fallen, die Kanonen weiter knallen und die Kommissionen des Völkerbunds weiter „beraten“, bis ein Geschäft zustande kommt, aufgebaut auf dem gemeinsamen Interesse der Ausbeuternationen, bei dem keine zu kurz kommt. Die Wechsel einlösen muß China. Ob's aber am Ende nicht doch ein schlechtes Geschäft war, das wird man erst später erfahren.

## Die Rote Armee

Genf, 17. Februar 1932.

Die russische Regierung hat heute die Angaben über ihren Rüstungsstand veröffentlicht. Bemerkenswert ist, daß die russischen Angaben schon vor mehreren Monaten beim Völkerbundssekretariat mit der ausdrücklichen Forderung eingereicht wurden, sie nicht, wie üblich, den anderen Regierungen, sondern einzig der Abrüstungskonferenz in geschlossenem Umschlag zu übergeben.

Die Gesamtsumme der russischen Effektivbestände zählt 562 000 Mann, wovon 504 303 Mann auf Landstreitkräfte, 28 658

auf die Luftschiffahrt und 29 039 auf die Marine entfallen.

\*

Der Mannschaftsbestand der OGPU beläuft sich auf insgesamt 45 390 Mann. Die Zahl der russischen Kriegsflugzeuge wird mit 750 angegeben. Die russische Marine besteht u. a. aus zwei Kreuzern, 17 Torpedobooten, 16 Unterseeboten, zwei Minenlegern und sechs Minensuchern, ferner vier Schulschiffen. Die Budgetausgaben der Sowjetregierung für militärische Zwecke betragen jährlich insgesamt 1 290 000 Rubel.

## Französisches Kriegsbudget

WTB. Paris, 17. Februar 1932.

Der Bericht des Abgeordneten Bouilloux-Lafont über das französische Kriegsbudget gelangt demnächst zur Verteilung. In diesem Bericht werden die Ausgaben des französischen Kriegsbudgets mit 3 929 314 640 Francs und die Ausgaben für die Verteidigung der überseeischen Besitzungen mit 1 331 563 230 Francs angegeben. (100 Francs gleich 13,50 Mark) Das stehende Heer wird mit 163 000 Mann im Jahre 1931 gegenüber 400 000 im Jahre 1921 angegeben, die Kriegsmarinestärke mit 621 000 im Jahre 1931 gegenüber 750 000 im Jahre 1914, die Zahl der Flugzeuge einschließlich der in Uebersee mit 1667 Apparaten im Jahre 1931 gegenüber 2427, die im Jahre 1924 vorgesehen waren. Bouilloux-Lafont behauptet u. a. bei der Betrachtung ausländischer Kriegsbudgets, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages umgehe und sich bemühe, ein schlagfertiges Heer aufzubauen. Er spricht von der militärischen Ausbildung der Polizei, der nationalistischen Organisationen, der Sportvereinigungen, und will sogar dem „freiwilligen Arbeitsdienst“ militärischen Charakter zuschreiben. Er zählt weiter in bekannter Weise die ausländischen Stellen auf, die angeblich für deutsche Rechnung Kriegsmaterial herstellen, unter besonderer Betonung der an-

geblichen Vorbereitung Deutschlands auf den chemischen und Luftkrieg. Schließlich zergliederte er das Reichswehrgeld. Die in Genf vertretene deutsche These bezeichnet Bouilloux-Lafont als eine „direkte Drohung für den Frieden“, die, wenn sie Gestalt gewinnen sollte, den schlimmsten Rüstungswettlauf eröffnen würde. Bouilloux-Lafont bemängelte auch, daß Deutschland dem Völkerbund die durch den Versailler Vertrag erlaubten Rüstungen und Effektivbestände angegeben habe, aber nicht sämtliche Hilfsverbände wie Gendarmen, Zollbeamte, Forstbeamte usw.

Ferdinand Buisson ist am Dienstag vormittag im Alter von über 90 Jahren gestorben. Er war der Ehrenvorsitzende der Liga für Menschenrechte, ein bekannter Vorkämpfer der Friedensbewegung. Mit Quide teilte er sich 1927 in den Nobelpreis. Im Gegensatz zu Gepflogenheiten in Deutschland wurde dieser Pazifist zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt.

Die Neuwahlen für das irische Parlament, die am Dienstag stattfanden, nahmen einen vollkommen ruhigen Verlauf. Die Wahlbeteiligung soll ungefähr 80 v. H. gegen 70 v. H. bei den letzten Wahlen betragen haben.

## Schwierige Kabinettsbildung in Frankreich

TU Paris, 17. Februar 1932.

Der Präsident der Republik, Doumer, hat seine Besprechungen mit den führenden Parlamentariern am Mittwoch vormittag wieder aufgenommen, um die Krise möglichst bald zu beenden. Nach der Reihe erschienen die Alterspräsidenten der beiden Kammern, die Fraktionsführer mit Herriot und Léon Blum an der Spitze sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse im Elysée. Obgleich über den Gang der Verhandlungen Stillschweigen bewahrt wird, heißt es doch, daß noch viele Fragen ungeklärt seien.

Die größte Schwierigkeit liegt zweifellos darin, daß der Senat eine Verbreiterung der Regierungsgrundlage nach links (Konzentrationskabinetts also, Red.) wünscht, während die Kammermehrheit fest entschlossen zu sein scheint, an dem bisherigen Zustand bzw. dem nationalen Block festzuhalten. In politischen Kreisen wird vielfach bereits der Gedanke erörtert, daß es vielleicht notwendig sein werde, die Kammer aufzulösen und beschleunigte Neuwahlen anzusetzen. Im übrigen spricht man von einer Kombination Paul Boncour—Tardieu. Andererseits werden aber auch Senatoren wie Barthou oder Chéron als Kandidaten genannt.

## Der Kampf um Spanien

Die Bourgeoisie triumphiert

(Fabra.) Madrid, 16. Februar 1932.

Mitglieder des nationalen Gewerkschaftsbundes hatten einen Generalstreik vorbereitet, der gestern morgen in ganz Spanien aus Protest gegen die Deportierung von Agitatoren ausbrechen sollte. Ihre Bemühungen sind vollkommen fehlgeschlagen; denn in Madrid, Barcelona und den anderen Großstädten ging die Arbeit wie sonst ihren Gang. Außerdem zeigte sich seitens der Bürgerschaft eine kräftige Abwehrbewegung, die die Zeitungen als ein hoffnungsvolles Anzeichen für die Zukunft begrüßen.

Dank der Haltung der zur Abwehr des Generalstreiks gebildeten Gruppen, die sich aus Angehörigen aller Bevölkerungsschichten zusammensetzten, haben die Rädelsführer die Flucht ergriffen. In zahlreichen Fällen wurden die Agitatoren auch von den Arbeitern in den Werkstätten mit Gewalt vertrieben. Die Presse ist einstimmig der Auffassung, daß der Widerstand gegen die Agitatoren ein äußerst günstiges Symptom darstelle und zeige, daß die Arbeiter entschlossen sind, selbst mit ihnen aufzuräumen. Im übrigen wird heute überall gearbeitet und im ganzen Lande herrscht vollkommene Ruhe.

## Bewegungsfreiheit für Oesterreich

Ein Appell Bureschs

Nachdem es der österreichischen Regierung trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, eine neue Auslandsanleihe durch die BIZ zu erlangen, wenden sich jetzt der Bundeskanzler Buresch und der handelspolitische Unterhändler Dr. Schüler mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie „größere Bewegungsfreiheit für Oesterreich“ fordern, weil es bei dem gegenwärtigen Stande seiner lebensnotwendigen Bezüge aus dem Ausland und seinen finanziellen Verpflichtungen nur mit Waren bezahlen könne. Darum brauche es Erleichterung seiner Ausfuhrmöglichkeiten. Bureschs Erklärung gipfelt in der Drohung, das Einfuhrbeschränkungen vorgenommen werden müßten, wenn diese Erleichterungen nicht ge-

# Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

## 12. Fortsetzung

Viel vorsichtiger und bedächtiger als Fischer sagt der zweite Lagerverwalter Klem aus, ebenfalls am 28. Januar. Er bekundet beispielsweise zum ersten Male, daß keineswegs Bullerjahn, wie Fischer es haben will und wie auch die Direktoren es haben wollen „die genauesten Kenntnisse“ der von der IMKK besuchten Räume und der darin verborgen gehaltenen Waffen hatte, daß vielmehr außer Bullerjahn und der Direktion noch mindestens drei andere Personen, nämlich die Lagerarbeiter Fritz Pein, Hugo Lange und Alfred Krüger „um das Vorhandensein der für die Öffentlichkeit nicht bestimmten Sachen wußten“.

Er sagt weiter: Bei der Umstellung der Sachen (Mitte 1924) waren nur „die beiden Arbeiter Pein und Krüger und ich selbst zugegen. Bullerjahn machte ich Mitteilung von der Veränderung“.

Der Lagerarbeiter Pein sagt in seiner richterlichen Vernehmung (20. 5. 25):

„Mir ist bekannt, daß sich in allen Lagern, die Klem unterstanden, Materialien befanden, deren Vorhandensein und Aufbewahrungsorte geheimgehalten werden sollten.“

und schließt mit den Worten, die ungemein charakteristisch nicht für den Zeugen, aber für den Untersuchungsrichter sind:

„Ich habe speziell keinen Anhaltspunkt dafür, daß Bullerjahn das Vorhandensein verbotener Materialien der IMKK verriet.“

Der Lagerarbeiter Kuschminder sagt ebenfalls am 20. 5. 25, daß er und noch ein weiterer Arbeiter namens Krause von den versteckten Waffen Kenntnis hatten und fährt dann fort:

„Mir ist bekannt, daß sich auch im zweiten Stockwerk verbotenes Material befand.“

Jetzt steht also fest, daß außer Bullerjahn, Fischer, Klem und der Direktion noch mindestens fünf Lagerarbeiter um die genauen Verstecke der Waffen wissen. Die Tatsache, daß im Werk Waffen versteckt sind, ist aber allen Arbeitern bekannt. Auch Kuschminders Protokoll schließt mit bezeichnenden Sätzen. Was der Richter von ihm hat wissen wollen, nämlich das Zugeständnis, daß Bullerjahn der Schuldige sein müsse, das hat dieser brave Arbeiter, ebensowenig wie sein vorher vernommener Kollege Pein nicht sagen können, weil es gegen seine Ueberzeugung verstößt hätte. Wie sehr der Richter in dieser Richtung in ihn gedrungen ist, das geht ganz klar und überwältigend deutlich aus dem Schlußsatz des Protokolls hervor, wenn Kuschminder sagt:

„Ich nehme an, daß Bullerjahn als Oberlagerverwalter wußte, daß sich im Materiallager verbotene Materialien befanden, besonders auch im zweiten Stockwerk.“

Das, was der Zeuge hier bekundet, war eine Selbstverständlichkeit. Der Satz läßt zu, daß man genau die Frage rekonstruieren kann, die der Untersuchungsrichter stellte, als alles Zureden an den Zeugen sich als umsonst erwiesen hatte. Die Fragenkette des Richters ist un schwer zu erkennen, wenn uns auch die einzelnen Glieder fehlen. Sie muß mit der suggestiven Frage nach der Schuld Bullerjahns begonnen haben und hat sich dann zweifellos Glied für Glied zu den möglichen Voraussetzungen für eine Schuld Bullerjahns zurückgezogen.

Aus allen diesen Äußerungen aber geht klar hervor, daß Bullerjahn durchaus nicht „die genauesten Kenntnisse“ von den versteckten und geheim zu haltenden Lagern hatte; zum Teil erhellt aus ihnen, daß er nur mittelbar Kenntnis erhielt, da er nicht bei allen Umräumungsarbeiten dabei war (Aussage Klem) oder daß doch „in erster Linie“ nicht er, sondern die Direktion im Bilde war.

Ein weiterer Belastungszeuge ist der Ingenieur Groß,

der seit 1917 den Maschinenpark verwaltet und der mit Direktor Gebauer enge freundschaftliche Beziehungen unterhält. Auf ihn und sein Verhalten zu Bullerjahn hat der langwierige Streit und das schlechte Verhältnis Bullerjahns zu Gebauer sichtlich abgefärbt. Er hat früher mit Bullerjahn immer wieder Kompetenzkonflikte gehabt er hat auch Bullerjahn das Pecht bestritten, sein Lager von Fabrikationswerkzeugen zu kontrollieren, wie die andern Lager alle. In dem Monatsbericht, den Bullerjahn auf Anordnung der Generaldirektion regelmäßig zu erstatten hatte und der alle Instanzen durchlief, findet sich am 6. Mai 1924 die Notiz:

„Lager Groß: Am 15. v. Mts. versuchte Kontrolle scheiderte daran, daß der Lagerverwalter vorgab, eine solche wäre nach den ihm gegebenen Instruktionen nur für einen Teil des Lagers zulässig. Darauf stellte ich sofort meine Kontrolltätigkeit ein und gab über den Vorfall Herrn Hellwig mündlich Bericht.“

Der Ingenieur Groß aber legte in seiner Vernehmung am 29. Januar vor Kriminal-

kommissar Goepner die Vorgänge, die sich aus diesem Kompetenzstreit entwickelten, als höchst belastend für Bullerjahn aus. Er sagte, Bullerjahn, der sich „nur auf die rein kaufmännischen Angelegenheiten beschränken sollte“, habe „versucht, auch in die technische Verwaltung der Maschinen- und Fabrikationswerkzeuge einzugreifen“. Zugleich wollte er sich „Kenntnis über eventuell noch vorhandene Fabrikationsmittel aus der Zeit des Krieges, z. B. Werkzeuge, Maschinen und Teile verschaffen.“ Groß beanstandet, daß Bullerjahn sich bei seiner Weigerung, ihm Einblick zu gewähren, beruhigt habe, obgleich er ihm angeraten hatte, sich direkt an die Direktion zu wenden. Dies habe Bullerjahn nicht getan.

Dieser letzte Teil der Aussage ist falsch, wie der vorhin zitierte Auszug aus dem Monatsbericht Bullerjahns ergibt.

Daß tatsächlich hier ein ausgesprochener Kompetenz-Konflikt vorlag, bestätigt auch die spätere Aussage des Direktors Hellwig vom 29. Mai 1925.

Er sagt:

„Es bestand die Ansicht, daß Bullerjahn als Oberlagerverwalter zwar die Werk-

zeuge, die für die laufende Fabrikation benutzt wurden, überall einsehen konnte, daß ihm aber ein Anspruch auf Kenntnis der aus dem Kriege herrührenden Materialien, wie sie z. B. teilweise Groß mitverwaltete, nicht zustand.“

Bullerjahn war jedenfalls von der Ueberzeugung beherrscht, daß ihm die Kontrolle der Großschen Lager doch oblag. Diese Ansicht hat er auch an maßgebender Stelle, nämlich bei Direktor Hellwig, ganz offen vertreten. Die Aussage des Direktors Schweitzer vom 17. Juni 1925 bestätigt das auch, daß alle Berichte Bullerjahns durch sämtliche Instanzen der Direktion vom Generaldirektor abwärts liefen.

Am 29. Januar wird auch der „Ermittlungsbeamte“ Spallek vernommen. Er sagt irrtümlich aus, er habe am 6. Januar (in Wirklichkeit war es der 7. Januar) den Auftrag bekommen, die Wohnung Josts am Horstweg zu beobachten, da das Verhalten der Kontrolloffiziere an diesem Tage darauf schließen ließ, daß Verrat im Spiel sei. Seine Bekundung ist sehr wichtig, denn später wurde, sowohl von Spallek als auch von der Direktion, der Auftrag Spalleks dahin ver dreht, daß er nicht Josts, sondern Bullerjahns

Wohnung hätte beobachten sollen. Er erzählt, daß er um 6,45 Uhr nachmittags Posten vor dem Hause Horstweg 3 bezog. Gegen 8 Uhr sei Bullerjahn erschienen. „Vor dem Hause Horstweg 1 oder zwischen der dort befindlichen Schule und dem Hause. Er kam aus der Richtung Schloßstraße und ging durch den Horstweg und Königsweg bis zum Kaiserdamm und beschah sich hier die Auslagen in den Schaufenstern und ging den Königsweg zurück. Zwischen Kaiserdamm und Horstweg entschwand er mir plötzlich, weil gerade ein lebhafter Autoverkehr im Königsweg war und ich in ziemlicher Entfernung folgen mußte, da ich Bullerjahn sehr gut bekannt bin. Ich begab mich nun vor die Wohnung Josts und wartete bis 11 Uhr. Bis zu dieser Stunde hat Bullerjahn das Haus nicht betreten.“

Spallek fügt schließlich seine Meinung hinzu: „Nach meiner Meinung hatte Bullerjahn die Absicht, die Wohnung Josts aufzusuchen. Als er den Horstweg betrat, hat er mich sicherlich erkannt und somit von seinem Vorhaben Abstand genommen.“

Danach war also Bullerjahn am 7. Januar nicht bei Jost.

(Weitere Artikel folgen.)

## Hunger in Karpatho-Rußland

Ein Volk verhungert mitten in Europa

Karpatho-Rußland ist die östlichste Provinz der Tschechoslowakei, es ist eigentlich ein Teil der Ukraine, die Mehrheit der Bevölkerung ist ukrainisch und das Land heißt eigentlich Karpatho-Ukraine, es macht etwa ein Zehntel des Staatsterritoriums der Tschechoslowakei aus und wird bewohnt von etwa 725000 Menschen, von denen die Mehrheit 390 000 Ukrainer sind, von den nationalen Minderheiten sind nur ein Prozent Tschechen (Gendarme, Lehrer, Beamte). Die Annexion durch die Tschechen ist unter Beruch der Friedensverträge erfolgt, die bestimmten, daß das Land autonom sein soll und nur eine lose Verwaltungsautonomie mit Prag bilden sollte. Im Jahre 1919 beschlossen 420 Gemeinden, die große Mehrheit der Bevölkerung, den Anschluß an die Ukraine, aber diese Willenskundgebung wurde brutal unterdrückt, und das Land zu einer tschechischen Kolonie gemacht.

Karpatho-Rußland ist ein Wald- und Zwergbauernland, der ganze Forstbesitz ist in Händen weniger Leute. Von 87 000 Agrar-Wirtschaften besitzen 7000 Wirtschaften (12 1/2 Prozent) 65 Prozent des Bodens, die Kleinbauern müssen unerschwingliche Pachtzinsen zahlen. Die Löhne sind katastrophal, ein Wasserträger bekommt für zehn Tage Arbeit 20 Kronen = 2,50 M., d. h. täglich etwa 12 Pf. Die Holz-Industrie ist bankrott, 250 000 Menschen, mehr als ein Drittel der Bevölkerung sind arbeitslos, die Arbeitslosen werden nicht registriert, Arbeitslosenunterstützung gibt es nicht.

Der Hunger ist in Karpatho-Rußland nichts neues. Neu sind der Umfang und die grauenhaften Folgen dieses Hungers, ein Massensterben, wie es noch niemals zuvor in einem Lande Europas eingesetzt hat.

Die Bevölkerung hat einen Notschrei an das ganze zivilisierte Europa geschickt, ein Hilfskomitee wurde in allen Ländern gebildet, das einen Arzt zur Hilfeleistung und zum Studium der Verhältnisse ins Hungergebiet entsandte, und dieser Prager Arzt Dr. Horn ist jetzt mit einer Delegation der karpatho-russischen Bevölkerung nach Berlin gekommen und hat vor der Berliner Presse und in großen Versammlungen Bericht erstattet.

Aus seinem Bericht einige Tatsachen: Der Fettverbrauch der Bevölkerung beträgt pro Kopf 1/4 kg im Jahr, der Verbrauch an Rindfleisch 3,8 kg pro Kopf im Jahr, auf eine Frage an einen Tagelöhner antwortete dieser, Fleisch habe er zum letzten Male im Kriege als Soldat gegessen.

Aber die Bevölkerung beansprucht gar kein Fleisch, sie hat auch kein Brot der größte Teil der armen Bevölkerung hat seit drei Jahren!!! kein Brot mehr gegessen.

auf eine Trage erhielt Dr. Horn die Antwort eines Bauern, zum letzten Male habe er Brot im Kerker gegessen, dort habe er Wassersuppe und Brot erhalten. Ihr Brot ist Baumrindbrot, ihre gewöhnliche Nahrung Hanfsuppe, Zucker und Salz gibt es nicht. Es gibt Menschen, die als einziges Nahrungsmittel Kartoffeln seit sieben Jahren essen.

Die Folge ist in diesem Jahre eine furchtbare Hunger- und Seuchenkatastrophe.

Im Lande wüten Tuberkulose, Lues und Typhus. Die hygienischen Verhältnisse sind dabei haarsträubend, auf 100 qkm kommt 1,1 Arzt, auf 300 qkm eine Apotheke. In einem Lande, das von Seuchen heimgesucht wird, gibt es bei einer 1/4 Million Einwohner vier öffentliche Krankenhäuser.

Die Sterblichkeit ist dreimal so groß wie in Prag. Die Kinder können die Schulen nicht besuchen, weil sie keine Kleider haben. Die Schulen der ukrainischen Bevölkerung sind in Hütten untergebracht, aber für fünf tschechische Kinder wird auf Kosten der verhungerten Bevölkerung eine Schule gebaut. Fast alle neugeborenen Kinder sind darmkrank, sie müssen ohne ärztliche Hilfe zugrunde gehen. Dr. Horn fragte eine Frau, die ein Rezept vorwies, warum sie es nicht hole und erhielt die Antwort: „Ich habe keine Schuhe und barfuß kann ich nicht 20 km bis zur nächsten Apotheke gehen.“ Die Hilfe einer Hebamme kostet 5 Kronen (60 Pf.), aber fast keine Familie ist imstande, diesen Betrag aufzubringen.

Was tut die tschechische Regierung? Nichts. Die verzweifelnden, verhungerten Menschen gehen zur Selbsthilfe über, sie übertreten die Gesetze. Was fordert die tschechische Presse?

Man soll mal einige 100 Aufrührer erschießen, dann ist endlich Ruhe in Karpatho-Rußland!!

In einem erschütternden Aufruf wendet sich das Hilfskomitee an die tschechische und die europäische Bevölkerung. „Wo bleiben die Humanisten, von denen es in diesem Lande so viele gibt? Wie können sie es dulden, daß mitten in Europa ein ganzes Land verhungert? Wo bleibt der Völkerbund? Karpatho-Rußland liegt mitten in Europa und hier verhungert ein Volk, und niemand spricht davon, niemand protestiert dagegen.“

Helft den ukrainischen Arbeitern und Bauern Karpatho-Rußlands! Sendet Getreide und Lebensmittel!“ W. E.

## Elend grassiert auch in Northy-Ungarn

Kosice, 17. Februar 1932.

Die heutige Ausgabe des „Slovensky Vychod“ veröffentlicht eine Meldung, in der über die Lage in Ungarn berichtet wird. In den Gegenden an der oberen Theiß ist die Bevölkerung überaus beunruhigt, da sie für etwa 200 000 Katastraljoch Boden keine Saat besitzt. Die landwirtschaftliche Arbeiterschaft ist arbeitslos, und es fehlt an genügenden Futtermitteln. In mehr als 400 Gemeinden von 13 ungarischen Gauen erhalten die Notare und die Gemeindeangestellten keine Gehälter mehr. Im Pester Gau wird in 77 von 220 Gemeinden den Angestellten nichts gezahlt. Unerfreulich ist auch die Lage der slowakischen Minderheit im Bekecker Gau. In einigen Orten wurden die Schulen geschlossen, da die Lehrer keine Gehälter ausbezahlt erhalten. Die Städte Miskolcz, Debreczen und andere legten der Regierung ein Memorandum vor, in dem sie vor allem das allgemeine und geheime Wahlrecht fordern. Im Ausschusse des Baues Boisod teilte der Unter-

tschupan Bonis mit, daß der Gau kein Geld besitze und daß ab März nicht einmal die Ruhegehälter werden zur Auszahlung gelangen können.

## Umfassender Wohnungsbau

Nicht in Deutschland, aber in der Sowjetunion

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat 701 Millionen Rubel für das Kommunalwesen in Rußland bewilligt. Mit diesem Kredit soll vor allem die Wohnungsnot in Rußland beseitigt werden.

## Flutkatastrophe im Donaudelta

Budapest, 17. Februar 1932

Wie „Az Est“ aus Ismael meldet, hat sich im Donaudelta eine große Naturkatastrophe zugetragen. Infolge einer gewaltigen Wasserstauung auf dem Donauabschnitt bei Braila ist eine riesige Flutwelle vermischt mit Eisschollen auf die niedrig gelegene Gemeinde Valcov niedergegangen, die bereits vor zwei Jahren von einer schweren Hochwasserkatastrophe heimgesucht worden war. Das Unglück geschah zur Nachtzeit, so daß die Bevölkerung nur notdürftig bekleidet die Häuser verlassen konnte und auf den benachbarten Anhöhen Zuflucht suchen mußte. Die Behörden waren bemüht, den Flüchtenden, die bei einer Kälte von annähernd 30 Grad sieben Stunden lang im Freien kampieren mußten, warme Kleidung und Speise zu verschaffen. Mehr als 400 Personen sollen mit schweren Frostschäden in die Krankenhäuser eingeliefert worden sein.

## Wofür wir einen Reichskunstwart bezahlen

Zu dem Wettbewerb für das Reichsehenmal bei Bad Berka (Thüringen) gingen mehr als 2400 Entwürfe ein. Das Preisgericht wird voraussichtlich im März zusammentreten.

## Die Brandgefahr im Nickisch-Schacht beseitigt

Kattowitz, 17. Februar 1932

Das Oberbergamt teilt mit, daß im Nickisch-Schacht der Giesche-Werke die Gefahr weiterer Explosionen nicht besteht und daß der Brand rings um die Stelle, wo sich die Explosion ereignete, lokalisiert wurde. Die Förderung auf den übrigen Strecken geht wieder normal vor sich. Ein im Gotthard-Schacht in Orsegow ausgebrochener Brand wird mit Energie bekämpft, ohne daß bisher ein Erfolg zu verzeichnen ist.

## Polarfahrt des „Krassin“

Moskau, 17. Februar 1932

Der Eisbrecher „Krassin“, der seine Polarfahrt angetreten hat, hat den Sund passiert und die offene See erreicht.

# Tribüne der SAZ

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmt oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die preßgesetzliche Verantwortung.

## Vortrupp der Revolution!

Zur Programmdebatte von Will Schaber

„Wir dürfen nicht zur Sekte werden!“ — mit dieser Mahnung schließt Genosse Kleineibst seine in der letzten „Tribüne“ veröffentlichten Betrachtungen zur Programmdiskussion der SAP. In diesem Wunsch werden sich alle Kreise der Sozialistischen Arbeiterpartei einig sein — wir alle wollen, daß die Partei sich zu einer großen proletarischen Massenorganisation entwickeln möge. Die Frage ist, auf welche Weise die objektiven Voraussetzungen für eine solche Entwicklung geschaffen werden. Und darum kommt der Programmdebatte und ihrem Ausgang eine so große Bedeutung zu: das provisorische Aktionsprogramm der Partei, formuliert von einem Zufallsgremium, teilweise erfüllt von reichlich unklaren Thesen, von Konzessionen an den innenpolitischen und außenpolitischen Reformismus, hat den propagandistischen Aufschwung der Partei vielfach beeinträchtigt. Seine Revision darf nicht länger aufgeschoben werden.

Genosse Kleineibst wendet sich gegen „Wortfetischismus“ und „Dogmatismus“. Das Programm dürfe nicht eine „Sammlung von Glaubensartikeln“ werden. Wenn damit gesagt sein sollte, daß der Marxismus keinen dicken Wortkult in der Art der kirchlichen Scholastiker zu treiben hat, so wäre eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen, über die man nicht weiter zu diskutieren hätte. Aber die Tendenz des Genossen Kleineibst geht in anderer Richtung: in der Richtung eines Opportunismus, der — unter der Etikette der „Sachlichkeit“ — in Prinzipienlosigkeit ausartet. Die Scheu vor dem revolutionären Wort muß, zumal in einer vorrevolutionären Epoche, zur Flucht vor der revolutionären Sache führen. Wie wollen wir die Massen in der heutigen Situation aktivieren ohne zielbewußte revolutionäre Parolen, ohne hinreißende Aufrufe? Wir huldigen keinem „vornehmen“ Aesthetentum wie jener Mann der sogenannten literarischen Welt, der einmal dafür plädierte, sämtliche Fahnen abzuschaffen (weil Metaphern wie „wehende Fahne“ sein Sprachgefühl beleidigten), oder wie ein anderer, der aus denselben stilistischen Gründen die „Einheitsfront“ ablehnt. Wir sind eine revolutionäre Partei, die eine sehr klare und eindeutige Sprache zu führen hat. Zwischen Schlagwort und Schlagwort ist ein Unterschied. Es gibt leichte Schlagworte, reaktionäre Schlagworte, und es gibt Schlagworte, welche die Menschheit vorwärts getrieben haben. Der Appell des Kommunistischen Manifestes „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, ist ein solches Wort; es hat die revolutionären Energien des Proletariats geweckt und immer wieder neu beflügelt.

Und darum wird es notwendig sein, daß die

Sozialistische Arbeiterpartei auf ihrem Parteitag (wenigstens) ein Aktionsprogramm beschließt, das dem deutschen Proletariat in wuchtig gehämmerten Thesen die Aufgaben der Stunde darlegt. Das wird kein „Wortfetischismus“ sein, sondern eine revolutionäre Tat.

Die Abgrenzung gegen den Reformismus muß in der schärfsten und reinlichsten Form erfolgen. Genosse Kleineibst versucht eine Ehrenrettung des Reformismus: „Die Theorie der SPD und die Schlagwortagitatorik der KPD hat einen ganz unangebrachten, ausschließenden Gegensatz zwischen Reform und Revolution künstlich geschaffen.“ Und Genosse Kleineibst bezieht sich — wie schon in der Vorkriegszeit Bernstein bei der Begründung des Revisionismus — auf die Haltung Marx' gegenüber der Zehnstundenbill. Gewiß: Marx hat diesen Erfolg des kämpfenden englischen Proletariats freudig begrüßt, er hat darin vor allem die aktivierende Wirkung auf das Proletariat der ganzen Welt gesehen. Aber so sehr es damals eine Verfälschung der Äußerung Marx' war, wenn die Bernstein, David und Vollmar darauf ihre reformistische Sumpfttheorie aufbauten („durch eine Kette von Reformen zum Sozialismus“), so unmarxistisch handelt Kleineibst, wenn er die Zeit der Zehnstundenbill mit dem Jahre 1932 in Parallele setzt. Damals, in der Ära des frühen Imperialismus, konnte der Kapitalismus dem Proletariat weitgehend lohnpolitische und sozialpolitische Zugeständnisse machen, damals waren Reformen durchzusetzen, soweit sie das herrschende kapitalistische System nicht in seinen Fundamenten antasteten. Damals schon aber war der Reformismus ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, weil er das Proletariat von seiner revolutionären Aufgabe abhielt und in die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie hineintrieb, eine Arbeitsgemeinschaft, die den Weltbrand 1914—1918 ermöglichte. Heute stellt der Reformismus ein noch schlimmeres Verbrechen dar: er vernebelt dem Proletariat den Blick dafür, daß der Kapitalismus überhaupt nicht mehr zu einer „Prosperität“ kommen wird, daß er der Arbeiterschaft mithin auch nicht die bescheidensten Reformen bewilligen kann und daß die Alternative heute unwiderruflich lautet: Aufstieg in den Sozialismus oder Untergang in der Barbarei? Wir haben nicht mehr die Wahl zwischen Revolution und Reform; wir haben nur noch die Wahl zwischen Revolution und Untergang.

Und ebenso steht es mit der Frage Demokratie — Diktatur. Auch diese Frage kann nicht im luftleeren Raum beantwortet werden, sondern allein innerhalb der ökonomischen Situation des Jahres 1932. Zweifellos: Demokratie und Diktatur sind

„Formen des Klassenkampfes“. Die parlamentarische Demokratie war die typische Form des bürgerlichen Klassenkampfes in den modernen Industriestaaten; sobald aber das kapitalistische Gefüge entscheidend bedroht ist, schlägt die „Demokratie“ automatisch in die offene Diktatur der Kapitalismächte um. Die Machtergreifung des Proletariats kann sich nur vollziehen in der revolutionären Diktatur des Proletariats (die nicht, wie Genosse Kleineibst schreibt, durch die „proletarische Mehrheit“, sondern durch die Mehrheit des Klassenbewußten Proletariats auszuüben ist). Das Maß des Terrors, der anzuwenden ist, hängt ab von dem Maß der kapitalistisch-kontrevolutionären Gegenkräfte. Als völlig abwegig und sinnlos muß die Gleichung „Terror gleich Terror“ oder „Gewalt gleich Gewalt“ erscheinen. Es kommt darauf an, in welchem Namen die Gewalt ausgeübt wird: ob sie für oder gegen das Proletariat wirkt, ob sie funktioniert im Interesse einer Minorität kapitalistischer Magnaten oder im Interesse der bisher unterdrückten Massen des Volkes, ob sie tätig ist im Namen des Unrechts oder im Namen des Rechts, des Fortschritts, der Freiheit und des Glücks einer ausgebeuteten und versklavten Menschheit.

Die Durchführung der Revolution kann nur in der Form des Rátesystems erfolgen. Auch Genosse Kleineibst weiß keinen anderen Weg. Er meint nur, daß das Funktionieren der Räte von dem „politischen Reifegrad“ der Arbeiterschaft abhängig sei. Ganz gewiß garantiert nicht die „Einrichtung als solche“ die geradlinige revolutionäre Entwicklung. Es handelt sich darum, die Grundlagen für ein erfolgreiches Wirken des Rátesystems zu legen. Gerade die umfassenden Aktionen der Sozialistischen Arbeiterpartei zur Schaffung der roten Einheitsfront, die Aufrufe zur Bildung überparteilicher revolutionärer Kampfabteilungen sind geeignet, die proletarische Rátereublik in Deutschland keimhaft vorzubereiten. Aus dem gemeinsamen Kampf des Proletariats gegen den nationalsozialistischen Terror und die Machtergreifung der Hitlerbanden müssen sich zuverlässige, erprobte, zielklare revolutionäre Kaders herausbilden, die in der Lage sein werden, die sozialistische Arbeiterschaft zum Siege zu führen und dem Sieg Dauer und Festigkeit zu verleihen.

Wollen wir, daß das deutsche Proletariat in absehbarer Zeit zur Machtergreifung gelangt, wollen wir der grauenhaften kapitalistischen Krise rasch ein Ende bereiten, so ist es allerdings nötig, daß wir der deutschen Arbeiterklasse das aufrüttelnde Geschehen der russischen Revolution tagtäglich lebendig vor Augen halten und nicht, wie Genosse Kleineibst, das Aufbauwerk im Osten als „Staatskapitalismus“ diskreditieren. Mit solchen Behauptungen arbeitet die Bourgeoisie und — die Sozialdemokratie, die ihre reformistische Grundlage aufgeben müßte, wenn sie zugeben wollte, daß in Rußland die Diktatur der proletarischen Klasse sieghaft in der Richtung auf die klassenlose Gesellschaft marschiert. Die Sozialistische Arbeiterpartei muß in ihrem Programm ein unverklausuliertes Bekenntnis zu dem sozialistischen Aufbau der Sow-

jetunion ablegen, zu jenem Aufbau, der heute mehr denn je einen kraftvollen Motor für die sozialistische Idee darstellt.

Ist das „Wortfetischismus“ oder „Dogmatismus“? Wir sehen in all diesen Dingen — in der Ablehnung jeglicher reformistischer Gedankengänge, in der proletarischen Diktatur, im Rátesystem und in der Bejahung der Sowjetunion — die tragenden ideologischen Fundamente für die Organisation einer Massenpartei in Deutschland, die, ohne in die taktischen Fehler der KPD-Führung zu verfallen, das revolutionäre Proletariat zu sammeln und zu führen imstande ist.

Dazu brauchen wir ein Programm von äußerster Klarheit und von stählerner Härte. Die Delegierten des Parteitags müssen sich bewußt sein, welche verantwortungsvolle Aufgabe sie zu lösen haben. Sie mögen bei ihrer Entscheidung an ein Wort Wilhelm Liebknechts denken: „Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufhebung des Prinzips.“

## Volks-Sinfonie-Konzert unter Furtwängler

Berlin, 17. Februar 1932.

Wieder ein billiges Volks-Sinfonie-Konzert (jeder Platz 50 Pfennig) unter Furtwängler. Wieder ist der große Saal der Philharmonie bis auf den letzten Platz besetzt, und eine andächtige Menschenmenge lauscht in atemloser Stille. Es ist, als ob die unerhörte straffe Disziplin dieses wundervollen Dirigenten sich überträgt auf die gesamte Zuhörerschaft. Und niemand kann sich dem Zauber solch vollendeter Künstlerschaft entziehen.

Tschairowskys Pathetische Sinfonie, die — allzuoft und nicht in letzter Vollendung gehört — stellenweise leicht banal erscheint, erfährt hier unter Furtwänglers Hand eine erstaunliche Neubelebung. Mit der gleichen vollendeten Sicherheit und reichen Ausdruckskraft wurden auch die Brahms'schen Variationen über ein Haydn-Thema geboten. Brahms hat dies Thema einem ungedruckten Divertimento für Blasinstrumente entnommen, und immer bleibt bei phantasiereicher Ausgestaltung der Variationen doch Geist und Charakter des Haydn'schen Themas deutlich gewahrt.

Begeisterter Beifall dankte dem Dirigenten und seinem außerordentlichen Orchester.

C. K.—L.

## Romain Rolland

### über Goethe

„Stirb und werde!“, ein Goethe-Essay von Romain Rolland, erscheint in deutscher Übersetzung von H. L. Götzfried im Verlag J. Engelhorn's Nachf. in Stuttgart.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

### 49. Fortsetzung.

Es ist ein großer, starker Norweger, der das Signal gibt. Er führt bei jeder Gelegenheit das große Wort und verdankt es nur seiner großen Geschicklichkeit, daß er doch immer wieder eingestellt wird.

„He, pflegt man euch auch zu Hause heißes Wasser zum Löffeln zu geben?“

„Und als Gewürz einen Schuß Spülwasser.“

„Man füttert uns wunderbar, aber nur unsere Nase: wir dürfen das Beste riechen.“

„Na, und was in den Magen kommt, ist ja nicht so wichtig.“

Sie rufen den Speiseträgern zu:

„Räumt die Teller weg, Kinder, schade, wenn das Spülwasser hier kalt wird, vielleicht brauchen es die Tellerwäscher.“

Die Kapitane beginnen einzugreifen.

„Jungens, ihr sucht ja nichts weiter wie Streit; ihr könnt euch die Töpfe in der Küche selbst ansehen, ich wette, nirgends bekommt ihr solche Fleischstücke in der Suppe wie hier.“

„Eure Fleischstücke“, die ihr uns gebt, die kennt man, davon habt ihr mindestens schon dreimal Suppe gekocht.“

„Ja, die Nährkraft müssen die Gäste bekommen.“

„Fleischstücke, die für Gäste geeignet sind, kommen überhaupt nicht in unsere Küche. Wir bekommen die ausgekochten von Grad drei und vier.“

Der eine Kapitän versucht die Ehre der Angestelltenküchen zu retten.

„So ausgekocht wie du, mein Lieber, sind wir noch lange nicht.“

„Ihr seid noch ausgekochter als eure aus-

gekochten Renommierfleischstücke in unserer Suppe.“

Die Stimmung wird beim Fleischgang nicht freundlicher.

„Sind wir denn Hunde, zum Teufel auch“, ruft ein Spanier wütend, „daß man uns Knochen vorwirft?“

Er hatte heute kaum gegessen; seine Garderobe verschlang eine Unmenge Geld.

„Meine Frau ist grüben“, sagt ein Schwede, „und ich kann sie nicht herüberkommen lassen, damit sie mir was Anständiges kocht.“

„Eine dreckige Welt, ich habe die Nase voll“, schimpft ein Deutscher. „Ich war früher Kellner in billigen Restaurants, seitdem kann ich in den Buden nicht mehr essen. Wenn du dort den Küchenbetrieb gesehen hast, vergeht dir für immer jeder Appetit.“

„Die Automaten, die wenigstens rein sind, hängen mir zum Halse heraus, ich muß mir eine Frau anschaffen“, jammert ein anderer.

„Du Unglückseliger, friß lieber Sandwiches dein ganzes Leben lang. Hast du eine Ahnung, wie dir die Frauen in den Ohren liegen, wenn du mal ein paar Tage ohne Arbeit bist?“

„Und die Kinder durchfüttern, glaubt ihr, das ist eine leichte Aufgabe?“

„Man hat schon seine Last“, seufzt einer der wenigen echten Franzosen, „aber das schwerste ist für unsereinen, eine kranke Frau durchzubringen.“

Die Kapitane blicken auf die Uhr und rufen:

„Jungens, die Zeit vergeht, redet nicht so viel und eßt.“

„Essen? Setzt uns doch was Anständiges vor!“

„Iß doch die deutschen Bratkartoffeln“,

ruft einer höhnisch, „die sind aus den Kartoffeln zubereitet, die die Scheuerfrauen heute mittag ausgespuckt haben.“

„Hört jetzt auf“, ein Kapitän ist vorge-sprungen, „ihr wollt nur herummäkeln. Man könnte euch das Hochzeitsessen servieren und ihr kämt doch mit euren dummen Redensarten; ihr wollt euch doch nur einander den Appetit verderben.“

„Appetit verderben ist gut, es kann einem schon übel werden, wenn man nur die Speisen auf unserm Tisch sieht.“

Der Maitre d'hotel beilt sich, den Kapitän, der dazwischenschreien will, zu beruhigen.

„Sie werden nur rabiaten, wenn man sie belehren und besänftigen will, laß sie reden.“

Er fühlt ein stechendes Ziehen in den Schläfen. Die Uhrzeiger rücken weiter, die Gäste müssen bald eintreffen — und die Kellner sitzen da und quasseln! Die Löwenbänder ahnen sicher nicht, welch einen beneidenswerten Beruf sie ausüben.

„Laßt sie nur reden, es hat keinen Zweck, sie zur Vernunft bringen zu wollen, das Schimpfen beruhigt sie. Wenn sie gegen alles losgegangen sind und sich selbst genug bemitleidet haben, gehen sie wieder an die Arbeit.“

Aber die Kellner machen immer noch keine Miene aufzustehen. Ihr Wortführer, der große Norweger, gibt sogar eine Art Kriegserklärung ab.

„Solange wir nicht etwas Anständiges im Magen haben, arbeiten wir nicht.“

Der Maitre d'hotel wünscht sie alle zum Teufel, gleichzeitig aber erfüllt ihn Höllenangst bei dem Gedanken, sie könnten einfach gehen und ihn im Stich lassen. Und bald kommen die Hochzeitsgäste; er könnte unmöglich inzwischen Ersatz finden. Mit ungelerten Kräften wäre ihm heute nicht geholfen, und die paar Kapitane könnten nicht viel ausrichten.

Man muß die Leute beruhigen.

In humoristisch unterwürfiger Weise nähert er sich den Kellnern, indem er selbst einen Kellner kopiert.

„Nun, Jungens, wünscht ihr die mit Trüffel gefüllten Puten oder geröstete Hum-

mern? Sollen wir euch vielleicht das Hochzeitsessen servieren?“

„Warum nicht? Wir haben auch keinen anderen Magen als die Hochzeitsgäste.“

„Aber einen anderen Geldbeutel, das gebt ihr wohl zu? Wirklich, Jungens, was ihr tut, ist unvernünftig, nur ihr selbst werdet Verluste zu tragen haben, wenn ihr den guten Verdienst verliert.“

„Ach, ach, die Trinkgelder kennen wir. Je feiner die Gesellschaft, um so magerer der Verdienst.“

„Je mehr wir laufen und rennen müssen, um so weniger hält man es für nötig, dafür zu sorgen, daß wir auch bei Kräften bleiben.“

„Wenn du keine Kraft mehr hast, wirst du zum alten Eisen geworfen; es gibt jeden Tag Neue, die statt deiner arbeiten können“, ruft ein Spanier.

„Nun gut, ich werde dafür sorgen, daß ihr ein Extrassens aus der Direktionsküche bekommt, aber ihr müßt daran denken, daß wir nicht mehr viel Zeit zu verlieren haben.“

„Direktionssens heute — und morgen geht es weiter wie alle Tage.“

„Wir können, wenn wir heute auch arbeiten, morgen auf die Straße gesetzt werden. Wer garantiert dafür, daß man uns weiterarbeiten läßt?“

„Ich.“

„Und morgen erklärt man, daß der Maitre d'hotel nichts zu sagen hat.“

„Wir wollen in die Kellnergewerkschaft eintreten, dann haben wir wenigstens einige Sicherheit.“

Es ist der Norweger, der spricht.

„Es sollen nur gewerkschaftlich organisierte Kellner angestellt werden.“

„Ihr seid wahnsinnig, mit diesen Sachen fünf Minuten vor einem Hochzeitsfest zu kommen, wir verhandeln morgen.“

„Wir verhandeln heute, wo man uns braucht, oder wir gehen alle.“

Herr Fish, der sich gleichfalls im Eßraum aufhält, ist unzufrieden und ungeduldig.

Nichts ist ihm gleichgültiger als das Essen hier; er hat bedeutend wichtigere Sorgen. Diese Leute sind schrecklich, sie denken tatsächlich nur an ihren Magen und sehen nicht weiter als von einer Mahlzeit zu anderen.

## Frankfurt a. M.

Vor der Senkung der Unterstützungssätze für Wohlfahrtsempfänger. Die preußische Regierung verlangt die Herabsetzung der gegenwärtigen Richtsätze um 10 Prozent. Nach den Mitteilungen der Magistratspressestelle wehrt sich der Magistrat noch gegen die diktierte Kürzung. Doch man droht bereits mit einer Sperre der Reichshilfe. Das Ende vom Liede wird sein, daß die Hungersätze des Wohlfahrtsamts noch weiter gekürzt werden.

Zusammenkunft der Älteren-Gruppe der freien Gewerkschaftsjugend findet nicht mehr Mittwochs, sondern Freitags, 19.30 Uhr, im Bibliothekszimmer des neuen Gewerkschaftshauses statt.

## Neu-Isenburg

Nazi-Beigeordnete mit kommunistischer Hilfe gewählt. In Neu-Isenburg haben sich die Kommunisten einen blamablen Geniestreich geleistet. Um die „Reinheit ihrer Prinzipien“ zu wahren, verhalten sie einem Nazi zum Beigeordnetenmandat. Im ersten Wahlgang entfielen auf den Nazikandidaten 2332 Stimmen, auf den sozialdemokratischen Arbeiter Zimbrich 1736 Stimmen, auf den kommunistischen Kandidaten 1461 Stimmen. Die Stichwahl fand zwischen dem Nazikandidaten und dem Kandidaten der SPD statt. Trotzdem die Kommunisten wußten, daß die Aufstellung zwecklos sei, kandidierte der Kommunist Knüs im Endtreffen. Die Folge davon war, daß der Nazi gewählt wurde. Er kann sich bei den Kommunisten bedanken. Nicht alle kommunistischen Wähler haben diese irrsinnige Taktik mitgetragen. Von den 1461 Wählern des ersten Wahlgangs sprangen 465 ab und entschieden sich für den SPD-Kandidaten, so daß der KPD-Kandidat nur noch 996 Wahlstimmen erhielt. Der Nazi-Kandidat erhielt 131 Stimmen mehr als der Vertreter der SPD. Ohne die Kandidatur des Kommunisten wäre der Nazi nicht gewählt worden. Die kommunistische „Arbeiterzeitung“ berichtet über die Beigeordnetenwahl mit großer Selbstzufriedenheit. Sie meint: „Es ist selbstverständlich, daß diese Sonderkandidatur in Neu-Isenburg und darüber hinaus in aller nächster Zeit ihre positiven Früchte tragen muß!“ So etwas nennt sich bolschewistische Selbstkritik! Selbstbefriedigung wäre besser gesagt.

## Offenbach

Rüstwochen der „Eisernen“. Die sogenannte „Rüstwoche“ der „Eisernen Front“ begann in Offenbach mit einer öffentlichen Kundgebung im großen Saal des Gewerkschaftshauses. In der Gesamtwertung hat die Versammlung, trotz des zweifelhaften Besuchs, den Beweis erbracht, daß es der SPD mit der neuen Parole nicht gelungen ist, über den Rahmen ihrer Mitglieder und internen Anhänger hinaus in der breiten Masse der Arbeiterschaft Anklang zu finden. Wäre es anders, dann hätte der Saal zu klein sein müssen, um alle zu fassen, die auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu den Arbeitersport- und Kulturorganisationen oder als Gewerkschaftler laut Vorstandsbeschlüssen an der „Eisernen Front“ beteiligen müßten. Als Redner war Staatspräsident Adeling erschienen. Als würdiger Exponent der „Eisernen“ versuchte er den Anwesenden plausibel zu machen, daß sie dafür eintreten müßten, daß das Selbstbestimmungsrecht und die Demokratie trotz der harten Zeit dem Volk erhalten bleiben. Es seien Kräfte vorhanden, rechts und links, die diese Errungenschaften der sozialistischen Bewegung beiseite wälzen wollten. Sie müßten, wenn es nicht anders ginge, mit Gewalt von der Macht im Staat ferngehalten werden. Daß dazu noch eine „Eiserne Front“ gebildet werden muß, die sogar von einem Teil der Arbeiter, die nicht zur SPD gehören, verhöhnt wird, wundert ihn. Uns nicht, Herr Staatspräsident! Uns wundert nur, daß man es wagen kann, mit so belanglosen Redensarten die Arbeiterschaft über ihre wirkliche soziale Lage hinwegzutäuschen. Besonders dann wundert es uns, wenn Arbeiterführer, die als Beauftragte des herrschenden Systems für die Beseitigung des Selbstbestimmungsrechtes eingesetzt haben, als dessen Beschützer sich hinstellen versuchen. Daß über den Raub der sozialen Rechte (Lohnabbau, Unterstützungsabbau usw.) kein Wort gesprochen

wurde, brauchen wir nicht besonders zu erwähnen. Darüber zu reden, ist eine Gefahr für die SPD, und dieser Gefahr setzt man die Mitglieder, seit die Opposition die Partei verlassen hat, nicht mehr aus. Na, der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht, und wir sind optimistisch genug, zu glauben, daß die Zeit für uns arbeitet. Daß unsere Hoffnung der Logik nicht entbehrt, bewiesen die enttäuschten Gesichter sehr vieler Besucher, als die Versammlung nach einstündiger Dauer zu Ende war. Was Adeling vergessen hat, werden wir in der öffentlichen Versammlung des Antifa-Kartells (SAP, KPO und Syndikalist) nachholen, die Freitag, den 26. Februar, stattfindet, zu der alle Arbeiter Offenbachs eingeladen sind.

## Dortmund-Martens

Die öffentliche Volksversammlung der SAP-Ortsgruppe am 15. Februar war eine Massenversammlung aller proletarischen Richtungen in Martens. War schon unsere erste öffentliche Versammlung im Januar gut besucht, so wurde die zweite mit etwa 900 Personen ein Riesenerfolg. Unsere Gegner müssen uns zugestehen, daß in den letzten fünf Jahren in keiner politischen Versammlung ein solcher Massenbesuch zu verzeichnen gewesen ist. Genosse Seydewitz referierte über das Thema: „Weltwirtschaftskrise, Faschismus und die Aufgaben der Arbeiterschaft.“ Seine Ausführungen fesselten die Versammlungsteilnehmer derart, daß sie schon während des Referats mehrfach Beifall spendeten. Ueber alle Erwartungen hatte es auch die SPD verzogen — wenn auch in letzter Minute — die Versammlung zu besuchen. Ein Verbot an die Mitglieder, unsere Versammlung nicht zu besuchen, hätte diesmal auch wenig genützt; denn eine große Anzahl SPD-Genossen und Reichsbannerleute hatten sich im Vorverkauf reichlich Karten für die Versammlung besorgt. Aber auch die KPD war zahlreich erschienen. In der Diskussion konnte von jeder Partei ein Redner sprechen. Es meldeten sich Genosse Wissenbach von der SPD, Genosse Weißgut von den Anarchisten und Genosse Jegelka von der KPD. Der Redner der Sozialdemokraten hatte für diesmal recht wenig auf seiner Lampe und die Vorbereitung zu seinen Ausführungen löste eine heftige Heiterkeit bei den Teilnehmern, einschließlich seiner Genossen, aus. Wir möchten der Wichtigkeit dieser Vorbemerkung des Genossen Wissenbach zitieren. Zu Max Seydewitz gewandt sagte er: „Wer für sich und seine Partei heute einen Erfolg herauschinden will, der greife nur die SPD an! Hätte er diese Worte lieber nicht gesprochen; sie wurden ihm im Schlußwort des Genossen Seydewitz zum Verhängnis. Die Art, in welcher Genosse Wissenbach den Faschismus darzustellen beliebte, war mehr als naiv. Im übrigen verteidigte er die Tolierungspolitik der SPD, allerdings ohne Erfolg. Genosse Jegelka von der KPD hatte dem Referat im großen ganzen nichts entgegenzusetzen; er stellte lediglich einige Fragen an den Genossen Seydewitz, welche dieser ihm im Schlußwort leicht beantworten konnte. Wegen einer bestimmten Redewendung schritt die Polizei gegen den kommunistischen Redner ein und drohte ihm mit Wortentzug. Eine Resolution, die von den Kommunisten eingebracht worden war und gegen das Verbot der kommunistischen Zeitungen in Rheinland und Westfalen protestierte, wurde auch mit den Stimmen der SPD angenommen. Stürmischen Beifall lösten die letzten Worte des Genossen Seydewitz aus: „Wir haben auf die SAP-Fahne als Motto geschrieben: Wir siegen, trotz Haß und Hohn, für euch alle, für die gesamte Arbeiterklasse, für das Proletariat!“

## Wuppertal

Aus dem ZdA. Die diesjährige Jahresgeneralversammlung sollte zu einer wichtigen Kundgebung für die „Eiserne Front“ werden. Der Wunsch war hier der Vater des Gedankens. Zwar war die Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer Anhänger der „EF“, aber die Opposition dagegen war nicht unbedeutend. Besonders interessant, daß die Gegnerschaft von der jungen Angestellten-schaft ausging. Heute gab den Jahresbericht und dann die Parole: „Alles für die

Eiserne Front!“ Eine Diskussion sei überflüssig, denn der Vorstandsvorstand habe beschlossen. Jeder habe sich zu fügen. Keiner könne Funktionär werden oder sein, der sich nicht positiv zur „Eisernen Front“ stelle. Jetzt wissen wir es also: Beiträge dürfen wir zahlen, Mitglieder dürfen wir werden, aber die einfachsten Rechte, eine eigene Meinung im Rahmen der Satzungen zu haben, die sollen wir nicht haben. Aber so lassen wir uns nicht behandeln. Die Diskussion zeigte das. Es wäre interessant, an Beispielen die Beweisführung dieser „EF“-Führer zu zeigen, doch das würde zu weit führen. Es wird auch überall dasselbe sein. Typisch war ein Redner für die „EF“, der meinte, daß die Führer schon richtig denken würden, man solle sich ihnen nur ruhig anvertrauen. Dann folgte das Wahltheater. Natürlich Wiederwahl, denn die „furchtbare Zeit“ erfordert das weitere Zusammenarbeiten der schon eingearbeiteten Kollegen.“ Dafür sorgten ein Antrag und die „demokratische Geschäftsführung“. Zwar protestierte jemand, aber der Vorstand ließ diesmal krumm gerade sein. Fürchtete man etwa, daß eine „nichteingearbeitete“ Kollegin die Harmonie stören würde?

## Duisburg

LLL-Feier des JSO. Am Montag hatte die Spielschar Duisburg der oben genannten Organisation ihre Anhänger und Freunde zum „Rasthaus zur Sonne“ geladen. Ueber 300 Menschen füllten den Raum. Die Feier wurde eröffnet durch Vorlesungen markanter Stellen aus den Schriften verstorbener Vorkämpfer des Proletariats Luxemburg, Liebknecht, Lenin. Nach dem packenden Bewegungsschrei „Gegen den Strom“ sprach einer der jungen Genossen in eindrucksvollen Worten über die Bedeutung der drei Verstorbenen und ermahnte die Zuhörer, zu versuchen, ihnen nachzustreben, zumindest aber die Sache des Proletariats und der Revolution über das persönliche Interesse zu stellen. Mit einem Bewegungsschrei und dem gemeinsamen Gesang der Internationalen schloß die Veranstaltung, die in jedem Zuhörer die Sehnsucht zur Erringung unseres gemeinsamen Ideals zu wecken vermochte.

## Gelsenkirchen

Große öffentliche Versammlung der SAP. Am 12. Februar fand in der Stadthalle die erste große öffentliche Versammlung der SAP mit dem Thema „Eiserne Front oder Einheitsfront des Proletariats?“ statt. Der starke Besuch bewies aufs neue das große Interesse, das die Bestrebungen der SAP, die Einheitsfront des Proletariats zu schaffen, bei der Arbeiterschaft findet. Referenten des Abends waren der Genosse Zöllig, Düsseldorf, und der 2. Vorsitzende der SAP Gelsenkirchen, Genosse Stolzenburg. Der besonders eingeladene Genosse Brüntink von der SPD hatte sein Erscheinen in ziemlich unsachlicher und gehässiger Weise abgelehnt. Er bewies damit nur erneut, daß der SPD die überaus aktive Agitation der SAP auf die Nerven fällt. In kurzen, sachlichen Worten sprach Genosse Zöllig über die Stellung der SAP zur „Eisernen Front“, die er scharf ablehnte, da sie nicht, wie ihr Hauptzweck sein sollte, das gesamte Proletariat eine, sondern nur einen Teil der Arbeiterschaft unter Führung des Reichsbanners. Die Aufgabe des Reichsbanners und der SPD sei aber, die Regierung Brüning zu stützen, die mit ihren Notverordnungen uns statt heraus aus der Krise nur noch tiefer hinein führe. Wir müssen über allen Parteigoismus hinweg die Einheitsfront und dadurch den sozialistischen Staat schaffen. Nachdem ein Vertreter der KPD in der bekannten Art die Einheitsfront zwar begrüßt hatte, sie aber nur unter der Führung der KPD wissen wollte, übte Genosse Stolzenburg an den Handlungen der SPD scharfe Kritik. Sie trage ein gerüttelt Maß von Schuld an den heutigen Zuständen durch ihre Tolierungspolitik. Sie erkläre öffentlich, daß der Sozialismus nicht zu schaffen sei, da wir sonst von den anderen Staaten isoliert würden, und bewies dadurch, daß sie längst keine marxistische Partei mehr sei. In Rußland habe man das kapitalistische System abgeschafft, und man sehe, wie es dort aufwärts geht, statt wie bei uns abwärts. Darum müsse die Einheitsfront geschaffen werden, damit wir endlich aus der Krise herauskommen. In der

freien Aussprache nahmen noch ein Vertreter von FFF, der seine Ausführungen unter hellem Gelächter der Versammlung beenden mußte, und ein Vertreter des Antifaschistischen Kampfbundes das Wort. Großes Aufsehen erregte es, als am Schluß der Versammlung der Genosse Basteck von der KPD seinen Übertritt zur SAP erklärte. Der Erfolg dieser Versammlung waren wieder Neuaufnahmen.

## Hamborn

Zu der öffentlichen Versammlung der SAP, über die wir bereits kurz berichtet haben, wird uns ergänzend noch mitgeteilt, daß für die gleiche Zeit vom DMV eine Versammlung einberufen war. Wäre das auch geschehen, wenn die SPD eine öffentliche Versammlung gehabt hätte? Die KPD hatte ihre Leute nicht in der üblichen Stärke anmarschieren lassen. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter waren dagegen in sehr großer Anzahl erschienen. Etwa 600 Personen waren anwesend. Genosse Sternberg verstand es, die Krise, den Faschismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse so klar zu schildern, daß er durch wiederholte Zustimmung aus der Versammlung unterbrochen wurde. In der Diskussion wurden SPD und KPD je eine halbe Stunde Redezeit zugebilligt. Die SPD machte hiervon keinen Gebrauch, und der Redner der KPD brauchte nur 10 Minuten, und schon war er zu Ende. Im Schlußwort zerpfückte Genosse Sternberg die von dem KPD-Mann vorgebrachten Argumente der RGO und beantwortete die Frage, wie sich die SAP zur Präsidentenwahl stelle, im Sinne des Briefes unseres Hauptvorstandes an SPD und KPD. Der Versammlungsleiter, Genosse Völker, forderte noch alle Anwesenden auf, in allen Organisationen für die von der SAP propagierte Einheitsfront zu wirken und dafür zu sorgen, daß in dieser Richtung der erste Schritt bei der Märzfeier getan werde, indem alle Organisationen Vertreter zu der von der SAP-Ortsgruppe Hamborn vorgeschlagenen Konferenz entsenden. Mit unserem Gruß „Freundschaft“, der von den Versammelten begeistert erwidert wurde, schloß Genosse Völker die sehr gut verlaufene Versammlung. Da sofort sichtbare Ergebnisse waren Aufnahmen für Partei und Presse sowie gute Vorbereitung des Bodens für unsere Weiterarbeit in Richtung Einheitsfront der Arbeiterklasse.

Die Ortsgruppe des Deutschen Freidenkerverbandes hielt am Sonntag eine Mitglieder-versammlung ab, in der Genosse Fritz Sternberg das Referat über „Faschismus und Kulturreaktion“ hielt. Das Referat fand derartig Anklang, daß die Mitglieder wünschten, des öfteren die Möglichkeit zu haben, derartige Referate zu hören. Die Bezirksleitung soll ersucht werden, den Genossen Sternberg auch für eine Reihe öffentlicher Versammlungen zu gewinnen. Nachdem noch Stellung zur Unterbezirkskonferenz genommen war, beschäftigte sich die Versammlung mit dem Schreiben der SAP-Ortsgruppe Hamborn, worin eine einheitliche Märzfeier und eine gemeinsame Konferenz zur Vorbereitung der Feier vorgeschlagen wurden. Alle Diskussionsredner begrüßten diesen Schritt. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen: „Die am 14. Februar 1932 tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Freidenkerverbandes, Ortsgruppe Hamborn, begrüßt den Schritt der SAP zur Schaffung einer einheitlichen Märzfeier und schließt sich diesem Schritt an. Zur vorbereitenden gemeinsamen Konferenz werden zwei Genossen entsandt.“ Als Vertreter wurden ein SPD- und ein SAP-Genosse gewählt. — Genossen, sorgt in allen Organisationen für derartige Beschlüsse!

## Zerbst

Diktatoren für verschärfte Geschäftsordnung. Im Stadtparlament wurde die Geschäftsordnung verschärft. Gegen wen? Nun die „Nazis“ sind „legal“. Sie wenden die demokratischen Druckmittel gegen die unentwegten Schützer dieser Republik an. Sie entzogen auch dem sozialdemokratischen Volksfreund die Amtseigenschaft. Anschauungsunterricht! Vielleicht erkennen die unentwegten Reformisten mit revolutionärer Vergangenheit nun doch bald, daß sie mit dieser Republik eine faule Sache stützen. Den Wählern werden es die „legalen Nazis“ noch oft zeigen.

## Dichtung oder Stimmung?

### „Rauhacht“ von Richard Billinger Im Hessischen Landestheater

Man hat uns gesagt, Billinger sei ein Dichter, im Gegensatz zu den nur Literaten. Für Billinger seien die Kräfte der Literatur lebendig, wirkend — nicht des Gedankens Blässe bemühe sich um grelle Phantome. Aber wir sehen: Stimmungsmaschinerien von dämonisiertem Bauerntum bis zu einer recht theaterdeftig herbeizitierten Negertrömel. Man hat uns gesagt: aber die Sprache, so spricht ein Dichter! Doch die Fenster einen „gläsernen Altar“ nennen und den Wind „beten“ lassen, das könnte aus der Atmosphäre eines Rilke-Seminars stammen. Man hat uns gesagt: Billinger hat den Bauern neuer, näher, echter, aus seinem Wesen heraus gesehen! Wir stellen fest, daß er sich eine Fabel gewählt hat, die sich in nichts aus der Typik des Bauerntums ergibt, sondern in allem die künstliche metaphysische Zusammenhänge konstruierende Weise der modischen bürgerlichen Literatur zeigt. Wenn die Wirklichkeit den Atem anhalten muß, daß die Stimmung nicht flöten geht, und die Natur metaphysische Hohlräume aufweist, daß der Theaterdonner besser rollt — was ist das schon für Dichtung! Das Bauerntum hat ganz anders natürliche, wesentliche und wichtige Probleme, und wer wirklich zu

gestalten, zu ver„dichten“ vermag, der gestaltet implizit auch jene „Ahnungen der natürlichen Bedingungen seiner Existenzform“, von denen im Programmheft die Rede ist, die nicht im mystischen Dunst zwischen dem Intal und Afrika weben, sondern mit dem konkreten Dasein des Bauern in jeder Hinsicht zur Debatte stehen. Und wer zur Natur: in so echtem Verhältnis stehen will, der treibt nicht Talmi-Mystik mit Negertrömel und Lust-Mord um eine Rauhacht, der hat so billige Symbole nicht nötig.

Die Inszenierung von Rabenalt und Reinking fügte zu Billingers Stimmungsdüster noch etwas Theaterzauber hinzu und tat nichts dagegen, daß Josef Keim als der unheilige frühere Negermissionar, der die Bauern grausen macht, den Phallus verehrt und unter dem dämonischen Theaterzwang der Rauhacht die in ihres erwachenden Blutes zu ihm taumelnde Kreszenz lustmordet, seine Unheimlichkeit und Unheiligkeit gar zu deutlich anbietet. Viel erfreulicher war die Kreszenz von Leny Marimbach, ein wirkliches, reiches, differenziertes Menschenkind, an ihres jungen Blutes Drang verbrennend, und Karl Paryla als ihr Bruder, Kriegskrüppel, an „Nerven“ verkommend. Das sind, auch vom Autor aus, echte Gestalten; um sie noch einige andere, ebenso echt gesehen und wiedergegeben —

sie sind das einzige Positivum des Abends.

In Billinger hat das Bürgertum wieder mal einen „Dichter“ entdeckt, weil er unklare Stimmungen zaubern kann, von der Natur singt und ungewohnte Worte wählt. Da sie das nicht können, sind für solche bürgerlichen Betrachter die zwei Autoren, die in letzter Woche mit Gastspielen in Frankfurt zu Wort kamen, keine Dichter, sondern vielleicht „Literaten“ oder was weiß ich; nämlich Friedrich Wolf und Karl Kraus. Die bleiben nicht unverbindlich, sondern werden konkret, die singen nicht von unsichtbaren Mächten, sondern gestalten sichtbare, ihre Sprache duftet nicht heimlich-exotisch, sondern paßt sich einer geistigen Aufgabe an. Aber wenn man nach dem Einsatz von geistiger Potenz in ein Werk fragt um die Qualität des Dichters zu bestimmen, wenn man auf den Kern sieht und nicht auf die poetische Oberfläche, so sind uns diese „Literaten“ größere Dichter als jener „Dichter“ Billinger.

Obwohl die Aufführung von Karl Kraus'

### „Die Unüberwindlichen“

Frankfurter Schauspielhaus

eine Enttäuschung für uns bedeutete. Karl Kraus, Herausgeber der „Fackel“, Zeitschrift von seltenem Blick für Sauberkeit und Echtheit, führt einen Kampf gegen die korrupte Masse des privaten und offiziellen Oesterreich, personifiziert in dem großen Erpresserjournalisten Bekessy, dem Inflationsmillionär Casti-

glioni, den damaligen Polizeipräsidenten Schober. Der Kampf war nicht nur eine Tat, sondern, wie er ihn führte, ein geistiges Werk. Nun dieses Werk als ein Drama auf der Bühne steht, sind wir enttäuscht, enttäuscht trotz der haarscharf geistige Zustände herausdiskutierenden Dialoge Barkassy-Fallotai, Barkassy-Camilioni. Manchmal nimmt sich das auf der Bühne aus wie ein albernes Primanerwerk. Ein schlechtes Drama also. Aber darauf kommt's zum wenigsten an! Denn warum schlagen keine Funken aus den Dialogen? Es scheint sich hier die gesamte Methode, die gesamte Haltung des Zeitkritikers Kraus zu entscheiden: sein Versagen auf der Bühne ist die konsequente Auswirkung seiner über ihn hinaus nicht entwicklungs-fähigen, zukunftslosen, in jedem Sinne: einmaligen Zeitkritik.

### „Die Jungens von Mons“

im Neuen Theater

konnte ich leider nicht sehen. Aber wir kennen die „Truppe im Westen“ und ihren Elan, und die Bedeutung des Wolf'schen Stückes. Es spielt unter englischen Bergarbeitern und diskutiert den Faschismus im Betrieb. Wir werden ein Auge darauf haben, welches öffentliche Theater dieses Stück aufzuführen den Mut hat. Wir glauben, daß sie den weniger haben werden als den andern: von den Vertretern der Arbeiterschaft, deren künstlerische Interessen sie vernachlässigen, dennoch Unterstützung zu erwarten. W. H.



# SAP Der tägliche Vormarsch

Die Ortsgruppe Herford (Westfalen) meldet, daß sie ihren Mitgliederbestand seit der Gründung im Dezember 1931

verfünffacht

hat!

In einer Versammlung der Genossin Marie Dauer-Herne wurden abermals sechs neue Mitglieder gewonnen.

Auch **Hamborn** (Westfalen) berichtet über eine glänzend verlaufene Versammlung mit Fritz Sternberg, die zahlreiche Neuaufnahmen brachte.

**Neugersdorf in Schlesien:** Die SPD-*Presse* schrieb hier: „In Neugersdorf wird die SAP niemals Fuß fassen können.“

Unsere Genossen melden heute: „Neugersdorf gründete Ortsgruppe der SAP, der sofort eine ganze Anzahl sehr aktiver Genossen beitrat...“

**Gelsenkirchen:** Nach einer Versammlung des Genossen Zöllig erklärte in der Diskussion unter starkem Beifall ein Genosse der KPD seinen Uebertritt zur Partei der roten Einheitsfront, der SAP.

## Das Gesicht der „Eisernen“ Republik

Proletarische Agitation ist Hochverrat

Leipzig, 17. Februar 1932.

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat sich gestern der Kommunist Arthur Huwe aus Koblenz zu verantworten, der im Verdacht stand, Literaturrohmann der KPD für Koblenz zu sein. Eine bei ihm am 12. Oktober v. J. vorgenommene Haussuchung hatte erhebliche Mengen von „Zersetzungsmaterial“ zutage gefördert. Obwohl ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er irgendwelche Schriften verteilt hatte, vertrat die Reichsanwaltschaft den Standpunkt, daß aus der Häufung des Materials bei dem Angeklagten gefolgert werden müsse, daß die Schriften zur Verteilung bestimmt gewesen seien.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts schloß sich dieser Auffassung an, und der Vorsitzende führte in den Entscheidungsgründen ausdrücklich aus, daß auch das Bereithalten von „Zersetzungsschriften“ die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, die verfassungsmäßige Staatsform zu stürzen oder gewaltsam zu ändern, darstelle. Der Senat verurteilte den Angeklagten auf Grund der 3. Notverordnung vom 6. Oktober unter Berücksichtigung seiner bisherigen Straffreiheit zur gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis.

## Ein Geyer hackt dem andern die Augen nicht aus

Der „Vorwärts“ hat den Braunschweiger Nazi-Freunden unrecht getan. O weh! Er hat in einer Karikatur an dem Bericht des Garnisonältesten, Oberst Geyer, über die blutigen Vorgänge in Braunschweig Kritik geübt. Inzwischen hat sich der „Vorwärts“-Redakteur Geyer davon überzeugt, daß der Vorwurf der Parteilichkeit auf den Obersten Geyer nicht zutrifft; er tritt einen de- und wehmütigen Entschuldigungsrückzug an, „bedauert“, den Garnisonältesten „gekränkt“ zu haben und will es nie wieder tun: nämlich Herrn Groeners Offiziere, statt sie hübsch brav zu tolerieren, kritisieren.

## Goerdelers neueste „Tat“

Kinos sollen — nicht teurer werden

Berlin, 16. Februar 1932.

Angesichts der kulturellen und damit gerade in Notzeiten als Ausgleichsfaktor (!) besonders lebenswichtigen Darbietungen der Lichtspieltheater hat der Reichskommissar für Preisüberwachung unter dem 15. Februar 1932 an die bei der Filmherstellung beteiligten Firmen, Verbände und Organisationen eine Anordnung erlassen, die die Aufrechterhaltung einer hochwertigen deutschen Filmherzeugung und die Beibehaltung (!) billiger der Kaufkraft der Bevölkerung entsprechender Eintrittspreise bezweckt.

Die Anordnung richtet sich zunächst an die Hersteller von Rohfilmen, die ihre Preise um mindestens 10 vH zu senken haben.

Soweit die Bezüge der Spitzendarsteller (Stars), ersten Schauspieler, Regisseure, Kameraleute, Architekten usw. immer noch in einem unangemessenen Verhältnis zu den Gesamtherstellungskosten eines Films und zu den Möglichkeiten seiner Verwertung stehen, ist die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie angewiesen worden, unverzüglich Verhandlungen zu führen, die eine zu vereinbarende Neu festsetzung oder Aenderung solcher Bezüge zum Ziel haben sollen.

1858 Millionen schwebende Reichsschuld. Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches betrug nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums am 31. Januar 1932 1 858,8 Millionen Mark gegenüber 1 912,6 Millionen Mark am 31. Dezember 1931.

# Rote Einheit voran!

## Kartelle mit Kommunisten und linken Sozialdemokraten

Kamenz, 16. Februar 1932.

Unsere Genossen ist es gelungen, die Kamener KPD-Genossen von der Richtigkeit unserer Parole: „Einheitsfront der Arbeiterklasse!“ zu überzeugen. Wir haben ein Einheitskomitee gebildet, in das KPD und SAP je 6 Genossen entsenden. In allernächster Zeit soll eine gemeinsame Demonstration mit anschließender Versammlung stattfinden.

Proletarier! Meidet die Eisernen Front! Werbt für die rote Einheitsfront! Vorwärts!

Berlin, 17. Februar 1932.

Die Ortsgruppe Berlin-Wedding der SAP hatte die Vertreter von 18 Arbeiterorganisationen zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen, um ein antifaschistisches Abwehrkartell zu schaffen und die nächsten Maßnahmen zur Schaffung einer einheitlichen proletarischen Kampffront zu beschließen. Man hatte zu dieser ersten Zusammenkunft bewußt nur die Organisationen und politischen Richtungen hinzugezogen, deren Mitglieder sich restlos oder zum größten Teil für eine überparteiliche proletarische Einheitsfront einsetzen.

26 Vertreter von 14 politischen, Sport- und Kulturorganisationen usw. waren erschienen. Acht Organisationen schlossen sich sofort korporativ dem Kartell an: SAP, KPO, KPO-Minderheit, Lenin-Bund, ISK, SJV, Sozialisti-

scher Schutzbund und Proletarischer Selbstschutz. Ferner wurden, obwohl noch keine Organisationsbeschlüsse dazu vorlagen, in das Kartell aufgenommen: ein parteiloser Betriebsvertreter des Ledigenheims am Brunnenplatz, je ein Vertreter der beiden Wedding „Naturfreunde“-Gruppen (eine von ihnen ist kommunistisch, d. R.), des linken Flügels der SPD und der Sozialistischen Studentenschaft. Gleich zu Anfang haben sich also

Vertreter von 12 verschiedenen Arbeiterorganisationen zu gemeinsamem Kampfe zusammengeschlossen!

Außerdem haben sich von den Organisationen, die verhindert waren, an der Besprechung teilzunehmen, die meisten ebenfalls für ein Zusammengehen ausgesprochen.

Das Kartell wählte einen Aktionsausschuß, bestehend aus den Genossen Naujoks (SAP), Tietz (KPO) und Heinrich (Lenin-Bund). Ferner wurde beschlossen, eine gemeinsame Mitgliederversammlung aller angeschlossenen Organisationen für Freitag, den 26. Februar, einzuberufen, und sofort in den verschiedenen Gegenden des Bezirks Wedding Ausspracheabende über die Aufgaben der proletarischen Einheitsfront zu veranstalten. Der erste Ausspracheabend (für das „Afrikanische Viertel“) findet noch in dieser Woche, Freitag, den 19. Februar, statt. Zur

Durchführung organisatorischer und agitatorischer Arbeiten soll ein gemeinsamer Ob- leutestab geschaffen werden; Kampffonds- marken zur Finanzierung der Einheitsfront- aktion sollen von allen Organisationsmit- gliedern vortrieben werden. Schließlich: baldige gemeinsame Veranstaltung einer großen öffentlichen Kundgebung im 3. Bezirk.

Wir begrüßen es besonders, daß die oppo- sitionellen SPD-Mitglieder sich trotz des „eisernen“ Apparat-Terrors zur Verfügung gestellt haben, um für die gemeinsamen Klassen- aufgaben und für die Aktionsfähigkeit des Proletariats zu wirken.

Und die KPD? An der Besprechung nahmen zunächst auch vier Vertreter einer der KG angeschlossenen Kulturorganisation (des Arbeiter-Musik-Vereins „Humboldt“) teil, die als die einzigen jede Zusammen- arbeit schroff ablehnten.

Der siegreiche Vormarsch der überpartei- lichen Einheitsfront aber wird durch derartige Sabotage-Manöver nicht aufgehalten werden. Schon in den nächsten Tagen ist mit einer erheblichen Verbreiterung der Wedding- Kampffront zu rechnen. Wir sind überzeugt, daß unter dem Zwang der Verhältnisse gar bald auch die kommunistischen Arbeiter sich in die über alle Parteischranken hinweg- gehende Klassenfront des Gesamtproletariats einreihen werden.

## Ludendorffsche Siegesberichte des „Vorwärts“

# Eine Pleite der Eisernen

Bankbeamte lehnen ab, sich mißbrauchen zu lassen — Eisernen Versammlung fliegt auf

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten, Ortsgruppe Berlin, hatte zu Dienstag, dem 16. d. M., eine Mitgliederversammlung einberufen, die in den Sophien- sälen stattfinden sollte.

Zur größten Ueberraschung der AV-Mitglieder wurden am Montagabend vor den Banken Einladungen verteilt, die zu demselben Termin und in demselben Saal zu einer Kundgebung für die Eisernen Front einluden. Unweigerlich liegt hier eine Machination irgendeines Ortsvorstandes vor, (man nannte den Namen Meier),

der unter der Parole einer Mitgliederver- sammlung den Saal für die Kundgebung der Eisernen Front füllen wollte.

Diese Verschacherung von Verbandsmit- gliedern an die Eisernen Front kann nicht scharf genug verurteilt werden. Die Empö- rung der Verbandsmitglieder über diese durch- sichtigen Manöver seitens der Versammlung war ungeheuer und kam noch vor Beginn der Versammlung zum spontanen Ausbruch.

Die Mitglieder erhoben schärfsten Protest und verlangten, daß diese ihnen aufge- drängte Kundgebung auf die beabsichtigte Mitgliederversammlung umgestellt wird.

Leider hatten sie sich aber verrechnet; denn die Versammlungsleitung, die in den Händen des nachgerade in der Berliner Ar- beiterschaft unmöglich gewordenen Emil Barth lag, erklärte in jener überheblichen Art und Weise, die SPD-Angestellten mitunter eigen ist, daß die Versammlungsleitung das Haus- recht habe,

und daß jeder, der sich einmal der fest- gelegten Versammlungsleitung entgegen- stelle, hinausfliege.

Der aufgebotene Reichsbannerapparat in Zivil machte sich in der unangenehmsten Weise bemerkbar. Die heftigen Auseinander- setzungen, die zwischen Besuchern und Ge- schäftsleitung stattfanden, führten letzten Endes dazu, daß die revolutionär eingestellten Bankangestellten, angeleitet durch das Eisernen- Front-Theater, geschlossen den Saal verließen, so daß praktisch die Versammlung aufgelöst war. Die Einberufer zu dieser Schwindel- aktion hatten sich getäuscht, wenn sie glaubten, den gesunden, revolutionären Sinn der Bankangestellten durch Phrasendresche- reien vernebeln zu können.

Die Versammlungsleitung griff sogar zu dem unsauberen Mittel, die Polizei gegen die Besucher in Aktion zu setzen.

Die gestrige Versammlung in den Sophien- sälen hat wieder einmal deutlich bewiesen, mit welcher unlauteren Methoden die Eisernen Front geschmiedet werden soll.

Wie traurig muß es doch um dies- Geschäft aussehen, wenn man schon rumnel- mäßig Reklame machen muß, um überhaupt noch Versammlungen durchführen zu können. In einer demnächst stattfindenden Mitglieder- versammlung des AV werden die Bankange- stellten ihrem Ortsgruppenvorstand die ge- bührende Antwort geben.

Der „Vorwärts“ — unfähig, die Wahrheit über die Wirkungen sozialdemokratischer Politik zu sagen — lügt sich selbst einen Siegesbericht in die Tasche. Er schreibt:

„Die Ausführungen des Referenten, be- sonders seine vernichtende Kritik an dem ge- hässigen Kampf der KPD und SAP gegen

die Eisernen Front, wurden mit einem Bei- fallsturm quittiert. Zu Beginn versuchte ein Häufchen von Kommunisten und SAP- Leuten in trauter Gemeinschaft die Ver- sammlung zu sprengen. Als sie an dem Protest der übrigen Besucher und der energischen Geschäftsführung des Versammlungsleiters merkten, daß sie nicht Herr der Lage werden konnten, räumten die etwa 20 Störenfriede das Feld und ließen einige Horchposten zurück.“

Wir stellen fest, daß dieser Bericht gro- ber Schwindel ist. Zunächst waren die Störenfriede nicht die Bankbeamten, die sich

empört gegen die Eisernen Methoden wandten, sondern die Drahtzieher der Eisernen Front, die sich heimtückisch einer Mitgliederversam- lung der Bankbeamten bemächtigten. Dann haben nicht 20, sondern hunderte Versammlungs- teilnehmer den Saal verlassen, darunter sämtliche Bankbeamte. Zurück blieb bloß die mitgebrachte Reichsbannergarde, die mit den Bankbeamten gar nichts zu tun hat, und daß die „mit Beifallstürmen quittierte“, glauben wir gern. Bankbeamte jedenfalls waren nicht mehr im Saal, als die Eisernen sich austobten.

## Die SPD in den Armen Hindenburgs

Karl Böchel „fordert“ in der Chem- nitzer „Volksstimme“ einen eigenen sozial- demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Er tut also so, als sei die Entscheidung der SPD für Hindenburg nicht schon längst gefallen.

Am selben Tage verkündet die sozialdemo- kratische Wiener „Arbeiter-Zeitung“ in Fet- druck auf der ersten Seite, daß

„die Sozialdemokratie für Hindenburg stimmen will, der zwar konservativ, aber nicht verfassungsfeindlich ist.“

„Nicht verfassungsfeindlich“ ist der Reichs- präsident, der mit seinen Notverordnungen fast alle Artikel der Verfassung außer Kraft setzte, die den Proletariern Rechte gewähren! Aber nicht genug damit! In einem fast eine Seite langen Leitartikel schlägt die Wiener „Ar- beiter-Zeitung“ Reklame für Hindenburg und sagt dabei:

„Es ist dem kaiserlichen Generalfeld- marschall nicht an der Wiege gesungen worden, daß er einmal der Kandidat nicht des demokratischen, aber des anständigen und korrekten Deutschland gegen fa- schistische Gewalt und Willkür sein werde.“

Repräsentant des anständigen Deutsch- land? Anständig vielleicht im bürgerlichen Sinne. Aber ist das Deutschland, das Hindenburg repräsentiert, das Deutschland des

Lohnabbaus unter Bruch des Tarifrechts, das Deutschland der Schlichtungs- diktatur und des Unterstützungsraubs

anständig gegen die Proletarier?

Man frage die Proleten selbst!

Und gar der „Vorwärts“! Er schließt seinen Leitartikel vom Mittwochmorgen mit diesem Satz:

„Bis dahin wird es Aufgabe der deutschen Wählermassen sein, bei der Reichspräsi- dentenwahl am 13. März zu beweisen, daß das deutsche Volk nicht für Faschismus und Kriegsgelb, sondern für Demokratie und Frieden kämpft.“

Hier also ist Hindenburg schon zum Reprä- sentanten von Demokratie und Frieden gewor- den! Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ bestreitet trotz ihres Lobgesanges ausdrücklich, daß Hindenburg Vertreter des demokratischen Deutschland sei. Aber was spielen solche kleinen Unstimmigkeiten schon für eine Rolle, wenn das Zentralorgan der SPD

Hindenburg als Vertreter des Friedens vorstellt — denselben Hindenburg, den vor 14 Tagen der Sahn-Ausschuß als

Verkörperung der Erinnerung an den Weltkrieg

hinstellte. Fragt die Kriegskrüppel, wer recht hat!

# Das Bürgertum ist zufrieden

Der „Vorwärts“ auch

Der Bericht des „Berliner Tageblattes“, be- titelt „Generalstreik in Spanien zusammenge- brochen“, schließt mit den Worten:

„Die parlamentarische Stellung der Re- gierung erscheint im Augenblick recht fest. Gerade ihr energisches Vorgehen gegen die Aufstandsversuche der äußersten Linken hat ihr neue Sympathien beim Bür- gertum gewonnen. Lerroux, der beab- sichtigte, in einer großangelegten Rede gegen das Kabinett und seine Politik Sturm zu laufen, hat sich entschlossen, der Regierung in diesem kritischen Augenblick keine neuen Schwierigkeiten zu machen und sein öffent- liches Auftreten abgesehen.“

Die Worte bedürfen keines Kommentars. Diese Regierung, an der die spanischen Sozia- listen beteiligt sind, arbeitet für das Bür- gertum und gegen die Revolution.

Der „Vorwärts“ macht sich nach er- probtem Rezept die Sache leicht. Er über- schreibt die sehr kurze Mitteilung über Span- nien mit der Unterzeile „Der Radikalismus be- sorgt die Geschäfte der Reaktion“ und schließt den selbstverfertigten Bericht mit den Worten:

Mit gewerkschaftlichem Kampf gegen das Unternehmertum hat die seit Monaten Monaten inszenierte wilde Streikbewegung nichts zu tun. Es sind politische Streiks gegen die Regierung, die nur der Reaktion dienen und nützen.

Auch hier bedarf es keinen Kommentars. Ihm, wie den spanischen Sozialdemokraten, gefällt diese Regierung ebensogut wie Herr Lerroux und dem Bürgertum; also stimmt er auch in deren Parole ein: „Immer feste druff!“ Auf den Gedanken, daß eine „wilde Streik- bewegung“ wohl hätte verhindert und eine revolutionäre Klassenaktion herbeige- führt werden können, wenn die spanischen Koalitionssozialisten und Gewerkschaften eine revolutionäre Politik getrieben und nicht mit dem Bürgertum gemeinsame Sache gemacht hätten — auf diesen jedem Sozialisten nahe- liegenden Gedanken kann der „Vorwärts“ natürlich nicht kommen. Er geht zu Hin- denburg und rät den spanischen Kollegen das gleiche!

## Hitlers Privat-Armee übt noch in Döberitz

Der „Vorwärts“ merkt es auch

Auch am Sonntag, 14. Februar, haben Truppenteile der Berliner Gruppe (Division) der Hitlerischen Privatarmee in Stärke von mindestens 3000 Mann wieder auf dem Truppenübungsplatz der Reichswehr, Döberitz, geübt, wie schon seit Wochen jeden Sonntag. Wir haben zu wiederholten Malen über diese Bürgerkriegsmanöver berichtet, die unter den Augen der Reichswehrkommandos vor sich gehen.

Am Dienstag endlich greift der „Vorwärts“ in seiner Spätausgabe diese Nazi-Übungen auf dem Reichswehrgelände auf und beruft sich als Quelle seines Wissens auf das sozialdemokratische Spandauer „Volksblatt“, das lange nach der „SAZ“ — aber doch schon vor so langer Zeit, daß seit Tagen die sozialdemokratische Provinzpresse aus ihm zitieren kann — höchst oberflächlich über die Vorgänge auf dem Übungsplatz Döberitz berichtet hat. Irgendwelche Einzelheiten, die unseren Lesern nicht schon lange bekannt wären, bringt das „Volksblatt“ nicht.

Heute ließ nun das Reichswehrministerium auf der Pressekonferenz mitteilen, daß es gemeinsam mit dem Preussischen Innenministerium und mit dem zuständigen Landratsamt die Vorgänge auf dem Truppenübungsplatz untersucht habe. Wie kann man übrigens nachträglich Vorgänge untersuchen, die wochenlang zurückliegen und ununtersucht blieben, als nach unseren und den ZN-Mitteilungen Untersuchungen noch zweckvoll gewesen wären?

Dazu verbreitete es die hier folgende Erklärung:

„Zu der Nachricht, daß auf dem Truppenübungsplatz Döberitz Nationalsozialisten militärisch ausgebildet würden, die auch von der französischen Presse übernommen worden ist, teilt das Reichswehrministerium mit: An Sonntagen haben eine Reihe unpolitischer Sportverbände, deren Ziel lediglich auf dem Gebiete der Körpererleichterung liegt, die Erlaubnis, den freien Truppenübungsplatz Döberitz zu ihren Spielen zu benutzen. Vertreter des Reichswehrministeriums und des Preussischen Innenministeriums haben sich nach Bekanntwerden der in der Presse erhobenen Vorwürfe selbst nach Döberitz begeben und den Übungen der betreffenden Sportvereine beigewohnt. Die Übungen von dem es heißt, daß es nationalsozialistisch eingestellt sei, tragen keinerlei militärischen Charakter. Es soll noch festgestellt werden, ob der Verein, der angeblich von dem nationalsozialistischen SA-Führer Helldorf geleitet wird, tatsächlich nationalsozialistisch, d. h. also politisch eingestellt ist. In diesem Falle würde automatisch seine Zulassung zum Truppenübungsplatz zurückgezogen werden.“

Das ist reichlich naiv.

Wir hatten übrigens gleichfalls im Zusammenhang mit den Döberitzer Übungen der Nazis, die sich als Verein „Deutscher Volkssport“ tarnen, an das Reichsministerium des Innern die Frage gerichtet, ob der Verein „Deutscher Volkssport“ etwa zu den Vereinen gehöre, die aus den Fonds dieses Ministeriums mit regelmäßigen und einmaligen Geldzuwendungen bedacht werden. Eine Antwort ist nicht erfolgt.

Wir wiederholen heute diese Frage.

## Beamte verklagen den Staat

Dresden, 17. Februar 1932

Die im Landesverband Sachsen des Deutschen Beamtenbundes zusammengeschlossenen sächsischen Beamtenvereine (Sächsischer Staatsbeamtenbund, Sächsischer Lehrerverein, Verband sächsischer Polizeibeamter, Verband sächsischer Berufsschullehrer, Sächsischer Gemeindebeamtenbund) haben den Staatsgerichtshof nach Artikel 1a der Reichsverfassung zur Feststellung darüber angefordert, daß die von der sächsischen Staatsregierung durch die sächsische Sparverordnung vom 21. September 1931 und die sonstige Ausführung der Sparverordnung des Reichspräsidenten verfügten Eingriffe in die Beamtenrechte als mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehend wieder aufgehoben werden müssen. Die Gewerkschaften bezwecken vor allem, daß die Sondermaßnahmen gegen die sächsischen Beamten und Lehrer, durch die diese weit schlechter gestellt worden sind als die Reichsbeamten, wieder rückgängig gemacht werden. Die Kläger erklären hierzu, daß der Staatsgerichtshof gegenüber der Regierung in Mecklenburg-Strelitz und gegenüber der sächsischen Regierung durch gleiche Sparverordnungen angeordnete Maßnahmen zwar gebilligt hat, sie glaubten aber von der Anrufung des Staatsgerichtshofes deshalb nicht absehen zu können, weil sie die Begründung in diesen beiden Fällen nicht für ausreichend halten.

Ausbau des russischen Luftfahrt-Gesetzes. In einer Konferenz der Mitarbeiter der Luftfahrtbehörden erklärte der Chef des Zivilluftfahrt-Trustes, Golman, daß die Sowjetregierung beschlossen habe, das Netz der russischen Luftfahrtrassen im Jahre 1932 auf 48 000 Kilometer auszudehnen. Die Regierung beabsichtigt, zwei neue Luftlinien Moskau—Wladiwostok und Moskau—Tiflis einzurichten. Golman erklärte, daß die russische Luftfahrtindustrie ihre Leistungen nicht erfüllt und durch unzuverlässige Arbeit den Staat stark geschädigt habe.

# Arbeit für Arbeitslose

## Der Arbeitsbeschaffungsplan Emil Lederers

Berlin, 17. Februar 1932.

Wir stellen vor: Professor Dr. Emil Lederer, seit dem Wintersemester 1931/32 Inhaber des Lehrstuhls, auf dem früher der überaus bewegliche, immer überraschende Nationalökonom Werner Sombart saß. Der Arbeiterschaft ist Lederer nicht unbekannt. Er steht seit Jahren in den Reihen der Sozialdemokratie und hat sich ihr erst wieder auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress in Erinnerung gebracht. Wer freilich damals von Lederer ein Rezept zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit erwartet hatte, mußte enttäuscht abziehen. Lederer beschränkte sich allein darauf, die besonderen Merkmale der herrschenden Krise darzulegen und zu deuten, wobei er vor allem mit der allenthalben auch in sozialdemokratischen Kreisen vorherrschenden Vorstellung aufträme, daß schon ein Wiederinfließen des Kreditstroms schlechthin genüge, die Maschinerie der kapitalistischen Wirtschaft wieder anzukurbeln, da weit entscheidender als die Frage der Kreditbeschaffung die Frage der zweckmäßigen Kreditverwendung sei. Lederers Vortrag in Frankfurt gipfelte darum in der Forderung einer Planwirtschaft für Kredite, ohne freilich die Richtung dieser Planwirtschaft mehr als anzudeuten.

In einer kürzlich erschienenen kleinen Schrift\*) hat Lederer diese in Frankfurt nur flüchtig hingeworfenen Gedanken weiter ausgedehnt und darin seine Anregungen auch durch einen bemerkenswerten Plan direkter Maßnahmen zur Beseitigung oder doch Verminderung der Arbeitslosigkeit ergänzt, der seinerseits wieder in einem Artikel des „Berliner Tageblatts“ (vom 6. Februar 1932) noch näher konkretisiert wurde.

### Arbeitslosenarbeit für Arbeitslose

Hier die Gedanken Lederers: Die Allgemeinheit muß die ungenutzten Elemente der Wirtschaft (z. B. Fabrikanlagen, Kohle usw.) anfordern und diese den Erwerbslosen zur Verfügung stellen. Der Besitzer erhält lediglich einen Anspruch auf Vergütung für die tatsächliche Abnutzung der Anlagen in der Form von Anleihtitres (von Reich und Gemeinden), die nach drei Jahren anfangen, Zinsen zu bringen und dann ausgelost werden. Arbeiter und Angestellte arbeiten — gegen Weiterbezug der Arbeitslosenunterstützung — ohne Lohnanspruch in diesen Betrieben. Sie erhalten ein Äquivalent ihrer Leistung in Produkten. „Eine Verzinsung des im Betriebe investierten Kapitals wird nicht gewährt, da stillgelegte Betriebe auch heute keinen Kapitaldienst aufbringen.“

In erster Linie kommen Produkte in Frage, deren die Arbeitslosen bedürfen. Die Arbeiter erhalten nach Maßgabe ihrer Arbeit Bezugscheine, und zwar unter Zugrundelegung der geleisteten Arbeitsstunden nach dem Tariflohn. Der verbleibende Ueberschuß an Produkten, von dem Lederer sagt, daß er „sehr beträchtlich sein wird“, kommt an die übrigen Erwerbslosen zur Verteilung.

### Die Vorteile des Plans

Die Vorteile dieses Projektes für die Erwerbslosen sind augenfällig: sie kommen wieder zu Arbeit und erhalten über das Maß der gegenwärtigen Unterstützung hinaus eine Entschädigung für die geleistete Arbeit in Produkten, die in den Erwerbsloseneinrichtungen hergestellt werden. Desgleichen würden auch diejenigen Erwerbslosen, die keine Arbeitsgelegenheit in solchen Erwerbsloseneinrichtungen fänden, zusätzliche Leistungen in Realien erhalten.

Es leuchtet aber auch sofort ein, daß das Ausmaß dieser zusätzlichen Bezüge sowohl der einen wie der anderen Kategorie von Erwerbslosen entscheidend von dem Ausmaß bestimmt wird, das diese Erwerbsloseneinrichtungen annehmen. Lederer selbst ist der Meinung, daß eine solche Produktion der Erwerbslosen für Erwerbslose „vielleicht nicht so viele Arbeitslose binden wird, als man auf den ersten Blick für möglich hält.“ Er schätzt die Zahl der Erwerbslosen, die hierdurch zunächst wieder in die Betriebe gebracht werden können, auf 250 bis 350 000, wobei sich diese untereinander noch im Turnus von drei Tagen abzulösen hätten.

Eine nähere Begründung für diesen niedrigen Ansatz erbringt Lederer nicht. Er ganz im Vorbeigehen macht er die Bemerkung, daß „die Effizienz (Ergiebigkeit) der Arbeit in den vorgesehenen Produktionszweigen sehr hoch“ sei, was aber ganz und gar nichts besagt, da dieser Effizienz auf der anderen Seite ein ungeheurer Mangel an Produktion gegenübersteht, wie überhaupt dem Bedarf keine Grenzen gezogen sind.

### Eine allzu vorsichtige Rechnung

Auch die Rechnung, die Lederer über Produktionskosten und Produktionswert anstellt, gibt einer solchen Begrenzung keine Stütze. Einer ist das Gegenteil der Fall. Lederer schätzt den Produktionswert von 100 000 im Turnus arbeitenden Erwerbslosen auf 140 Millionen Mark und setzt die hierdurch entstehenden Barkosten (für anzuschaffende Materialien, Maschinenteile, Öl usw.) auf

\*) Planwirtschaft von E. Lederer. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Tübingen 1932. Preis 1.20 RM.

30 Prozent, so daß ein Produktionswert von 140 Millionen Mark nur ein Aufwand an Barkosten in Höhe von 42 Mill. Mark im Jahre gegenübersteht, ein Aufwand, von dem auch das dem Lederer-Plan im allgemeinen skeptisch gegenüberstehende „B. T.“ eingesteht, daß er „nicht hoch“ zu sein scheint.

Doch ist diese günstige Rechnung Lederers, derzufolge es möglich wird, mit einem Aufwand von 42 Millionen in Erwerbsloseneinrichtungen für 140 Millionen Mark Produkte herzustellen, offenbar noch viel zu ungünstig aufgemacht. Der wirklich erzielbare Produktionswert liegt bestimmt viel höher, zumal heute ja keineswegs die technisch rückständigen, sondern eher die technisch hochstehenden, überkapitalisierten Betriebe stillliegen. Andererseits erscheint der von Lederer angesetzte Baraufwand wieder zu hoch. In seiner Planwirtschafts-Broschüre schätzt er diesen „auf nicht mehr als 15 bis 20 Prozent“, wobei er freilich eine lückenlose Aneinanderschaltung der einzelnen Wirtschaftszweige voraussetzt, was ja auch durchführbar ist.

### Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsentziehung?

Es müssen also für den niedrigen Ansatz der auf dem von Lederer vorgeschlagenen Wege wieder in die Betriebe zu bringenden Erwerbslosen schon andere Gründe bestimmend sein und wo diese liegen, deutet Lederer ja auch an: es ist unvermeidlich, daß diese Arbeitsloseneinrichtung von einem bestimmten Umfang an mit der übrigen Wirtschaft kollidiert. Zwar versichert Lederer mit großem Nachdruck, daß sein Plan zu solchen Befürchtungen keinen Anlaß gebe, aber das „B. T.“ ist darob nicht beruhigt, und was gar die „Frankf. Ztg.“ angeht, so unterstellte sie (in ihrer Nr. 100/101) dem doch sonst von ihr sehr geschätzten Professor, daß er „Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsentziehung“ betriebe. Man könne nicht Kohle, Kleider, Hausrat oder Lebensmittel in beträchtlichem Ausmaß produzieren, ohne die normale Nachfrage nach diesen Waren entsprechend zu beeinträchtigen und den normal arbeitenden Betrieben Konkurrenz zu machen. Was man auf der einen Seite an Arbeitsmöglichkeiten schafft, wird auf der anderen Seite sogleich wieder an Arbeitsplätzen entzogen. Um diese Alternative kommt man mit dem größten Aufwand an Scharfsinn nicht herum. Es gibt nur ein sehr, sehr kleines Gebiet, auf welchem die Möglichkeit einer „Gegenseitigkeitshilfe von Erwerbslosen“ gegeben ist.

### „Wer tapeziert gegen Kinderkleidchen?“

Wie klein die „Frkft. Ztg.“ dieses Gebiet abschätzt, hat sie wenige Tage später (Nr. 104/105) aus Anlaß der Zuschrift eines Frankfurter Ingenieurs zu dieser Frage dann auch demonstriert. Dieser Ingenieur will die Arbeit der Erwerbslosen nur für Erwerbslose zulassen, und zwar nur dann, wenn sie nicht durch Geld, sondern durch Naturalleistungen (evtl. auch im Ringtausch) vergütet wird. Zur Illustration dieses Gebiets führt der Verfasser dieser Zuschrift einige Inserate an, denen er in der letzten Zeit begegnet ist: „Wertapeziert gegen Kinderkleidchen?“ — „Wer macht Zahnoperationen gegen Weißbinderarbeit, evtl. zum Teil?“ — „Schneiderarbeit gegen Schuhe.“ — „Ich besohle gegen mir notwendige Kleidungsreparaturen.“ Ganz anders als der Lederer-Plan finden diese Ideen das Entzücken der chemisch gereinigten Frankfurterin — sie steht in enger Verbindung zum Chemietrust, der in Frankfurt neuerdings auch seinen Regierungspalast hat. Das Blatt findet den Plan „klar“, „verwaltungstechnisch einfach und ohne Kosten durchführbar“. Allerdings habe er auch einen Nachteil: „er würde tatsächlich nur in der oben dargelegten Beschränkung keine Schädigung der Marktwirtschaft mit sich bringen, in dieser Beschränkung aber kann für eine Ausdehnung solcher „Gegenseitigkeitshilfe“ auch kein bedeutender Raum mehr gegeben sein.“

### Unbegründete und wohl begründete Bedenken

Anders gesagt: die Frankfurterin erwartet von dem Plane ihres stadgenössischen Ingenieurs keinen nennenswerten Nutzen für die Arbeitslosen und darum gibt sie ihm gegenüber dem Lederer-Plan den Vorzug. Doch das ist wohl nicht allein das Entscheidende, denn in der Begrenzung, die Lederer seinem eigenen Plane zieht, kann dieser die Bedenken der „Frankfurter Zeitung“ und mit ihr die des „Berl. Tageblatts“ kaum rechtfertigen. Der hierdurch bestenfalls zum Einbau in die Marktwirtschaft gelangende naturalwirtschaftliche Sektor wäre derart schmal, daß er kaum irgendwie fühlbar würde. Lederer selbst hat alle nur erdenkliche Rücksicht genommen, um eine ernsthafte Kollision zu verhüten. Aber in seinem Bemühen, eine auch noch so kleine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger Hilfe für die Arbeitslosen zu finden, konnte er doch nicht umhin, an einem bisher als heilig gehüteten Prinzip zu rütteln: der freien individuellen Verfügung über den Besitz. Ausgangspunkt und Voraussetzung seines Plans ist die — wenn auch

nur als vorübergehend gedachte — Besitzergreifung der stillgelegten, und darum sowohl volks- und privatwirtschaftlich wertlos gewordenen Betriebe durch die Gesellschaft zum ausschließlichen Nutzen der Arbeitslosen. Damit würde die Grundlage einer Naturalwirtschaft geschaffen, die weit über die Austauschbeziehungen, wie sie der Frankfurter Ingenieur für Erwerbslose zulassen will, hinausgeht. Die Erwerbslosen sähen sich nicht mehr gezwungen, nur Tapezierarbeiten gegen Kinderkleidchen, Schuhreparaturen gegen Kleiderreparaturen, oder „Zahnreparaturen gegen Weißbinderarbeit (ev. zum Teil)“ zu leisten, sondern der Kreis der Erwerbslosen, denen derartige Austauschmöglichkeiten eröffnet werden könnten, würde mit einem Male gewaltig erweitert und auch jene erfassen, die mit ihren Händen allein nichts anfangen können, sondern, um produktive Arbeit leisten zu können, auf die moderne Maschinerie angewiesen sind. Mensch und Maschine, die heute durch das Privateigentum von den Produktionsmitteln getrennt sind, wären wieder auf die natürlichste Weise vereint und sehr bald könnte sich herausstellen, daß diese natürliche Verbindung, einmal hergestellt, sich die noch in anderen Bezirken bestehende künstliche Trennung aufhebt, und daß somit, was von Lederer nur als ein in die Marktwirtschaft eingesprengter Sektor gedacht ist, in seinem Fortgang sich zu einem neuen Wirtschaftssystem entwickelt, das dem herrschenden kapitalistischen überlegen ist.

### Die wirkliche Alternative

Denn dies kann im Ernst niemand, der sich heute mit so sorgender Miene schützend vor die Marktwirtschaft stellt, übersehen: ihre Grundlagen sind im Zug der Krise arg erschüttert worden. Ein System, das nur noch dadurch bestehen kann, daß es Millionen zur Dauerarbeitslosigkeit verflucht und gleichzeitig alle öffentlichen Finanzquellen in seinen Dienst stellt, steht auf ausgehöhltm Fundament. Niemand wird einsehen, daß zu willen der Erhaltung dieses Systems nichts für die Millionen der Arbeitslosen geschehen kann und geschehen darf. Die von der Frankfurterin gestellte Alternative, wonach je Arbeitsbeschaffung auf der einen Seite auf der anderen nur mit Arbeitsentziehung zu bezahlen sei, erschöpft darum auch das Problem nicht. Es gibt noch eine andere und, wie wir glauben, richtigere: wenn nennenswerte Arbeitsbeschaffung in dem herrschenden Marktssystem nicht möglich ist, dann ist sie es wohl in einem andern, dessen Grundlagen Lederer immerhin angedeutet hat, nämlich einem System, das nicht nur für Teile, sondern für die ganze Wirtschaft das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufhebt.

### Warum sollen wir nicht . . . ?

In seiner Planwirtschafts-Broschüre hat Lederer das Funktionieren eines solchen Systems näher beleuchtet und darüber hinaus auch seine Überlegenheit gegenüber dem bestehenden überzeugend nachgewiesen. Er schließt denn auch mit dem Satz oder besser mit der Frage: „Da wir schon so tief in die Gestaltung der Wirtschaft eingreifen — warum sollen wir es nicht nach einem vernünftigen Plan tun?“ Zufall oder Absicht: auch Lederers Abhandlung im „Berliner Tageblatt“ endet mit einer Frage: „Erkennen wir die Gefahr, die darin liegt, nichts zu tun?“ Lederer hat beide Fragen an das Bürgertum gerichtet. Die Antwort des Bürgertums — auch soweit es, wie die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“, in der „Eisernen Front“ marschiert und Wahl-Schmalmeien für Hindenburg bläst — hat gelautet, daß es nichts tun kann. So bleibt als handelnder Faktor nur die Arbeiterklasse selbst. Lederer hat eine Richtung angegeben, die wohl zum Erfolg führen kann. Allerdings nur eine Richtung, nicht zugleich das Endziel, aber dieses liegt in jener Richtung.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark hat sich in der letzten Woche um rund 6000 vermehrt. Sie beträgt jetzt 146 124. — Auf Veranlassung des Sozialministers ist ein Aufruf an die dänische Geschäftswelt ergangen, allen Arbeitslosen beim Einkauf von Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Kohlen und Koks 10 v. H. Ermäßigung zu gewähren.

Das englische Staatsdefizit sinkt. Die Einnahmen aus den Steuern beliefen sich in der am 13. Februar abgelaufenen Woche auf 33 700 000 Pfund Sterling, die Ausgaben auf acht Millionen, so daß das Defizit auf 74 300 000 Pfund Sterling gesunken ist gegen 98 Millionen im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Der kann sich's ja leisten! Der ehemalige König Alfons von Spanien hat sich am Dienstag in Marseille an Bord eines französischen Luxusdampfers eingeschifft und wird sich zunächst nach Alexandria begeben. Von dort aus wird er eine Rundreise durch Ägypten, Syrien und Palästina antreten.